



SozialMarie

INHALT

Editorial

Wahl in Europa 3

Nachhaltigkeit

Die Bundesregierung und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex 4

Berliner wollen sich ihr Stromnetz kaufen 6

Luxus und Nachhaltigkeit 8

Institutionelle Anleger zeigen sich verhalten 11

Politik will freie Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit abschaffen;
Christian Neugebauer 13

Betreuungsgeld – NichtMeineMinisterin 16

SozialMarie Preisträger 2012 18

Buchbesprechung

Abspecken statt wachsen! Ariane Rüdiger 24

Kommentar

Grass, Deutsche Umweltstiftung und Antisemitismus 26

EU-Report

Kurzmeldungen 29

Haushaltsentwurf 2013: Investition in Wachstum und Arbeitsplätze 32

Dokumentenspeicher

Vermögende für Vermögensabgabe,..und OECD auch 34

Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches
Spardiktat; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 35

Press freedom in Ukraine : temptation to control;
Reporter ohne Grenzen 51



IMPRESSUM:

Verleger/Eigentümer: Glocalist Media & Think-Net for Sustainability GmbH
Glocalist Medien – Berlin: Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin
office@glocalist.com

Web: www.glocalist.com

Anschrift Österreich: Glocalist Medien, Bechardg. 16/20, 1030 Wien.

Tel: +43/1/710 16 46

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:
office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim
chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com

unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders angegeben: Archiv Glocalist Medien sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Bohrn, Industriellenvereinigung
Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria
(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA

Kurt Krickler, ist Mitbegründer und seither Mitarbeiter der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -

Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor & Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches

Netzwerk Wirtschaftsethik

Martin Dieckmann, Referent für

Medienpolitik und Medienwirtschaft

beim ver.di-Bundesvorstand Stefan

Nährlich, Geschäftsführer der

Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,

GF „Weltwirtschaft, Ökologie &

Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und LeserInnenbriefe wird keine Haftung und Gewährleistung übernommen. Der Herausgeber und die Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die weder Verlag noch Redaktion eine Haftung übernehmen, werden nur dann zurückgesandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.



CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER

Wahl in Europa

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland sind – auf den ersten Blick - das Aus für die deutsche Kürzungspolitik, denn Sparpolitik ist es ja keine, weil Sparen meint, dass etwas zurückgelegt wird, um Werte zu schaffen. Dies ist ja nicht der Fall. Es wird vielmehr ein Austeritätsprogramm gefahren und dies meint kürzen, nicht sparen.

Dieser Ansatz war nur durch die parteipolitische Achse zwischen Paris und Berlin möglich. Athen ist hier das randständige Menetekel, welches ganz klar einseitigen Kürzungsprogrammen ein Nein in den Sand geschrieben hat. Das Drohpotential lautet, wenn das Kürzungsprogramm fortgesetzt wird, geht Griechenland aus dem Euro raus und die ganze schöne Konstruktion mit dem ESM wird gesprengt, weil zu Tage tritt, was kaum verborgen ist: Es gibt keine politische Architektur und Institutionen in Europa.

Und so haben wir Europa paradox: Konservative, die eigentlich Nationalisten sind, müssen nun Europa retten, was sie halbherzig und falsch machen, indem sie Kürzungsprogramme auflegen, und sozialdemokratische Antworten, die eher europäisch sind, kommen jetzt nationalistisch daher.

Dazwischen spielt sich das gesamte Drama politischer Verirrung ab, was dazu führt, dass erstens die Wahlbeteiligungen nicht dem Ernst der Lage angemessen sind und zweitens die extremistischen Antworten Zulauf gewinnen. Beides keine gemütliche Aussicht und spiegelt das fast schon fahrlässige Verhalten der so genannten „Volksparteien“ wider: Sie haben keine Antworten auf Transparenz und Bürgerbeteiligung und sie haben keine wirtschaftliche Vision, sprich Nachhaltigkeit.

Dass es blöd laufen und dramatisch werden kann, zeigt das Beispiel Ungarn, wo die Rechtsextremen regieren. Ungarn mag für Europa relativ egal sein, weil ein Leichtgewicht und Ungarn stets an seinem eingebildeten Trauma der Randständigkeit und Minderwertigkeit laborierend war und ist, aber wenn Staaten wie Frankreich, Italien, Spanien oder gar Deutschland in den Extremismus drehen, dann ist die Hölle auf Erden wieder denkbar.

Darum, rasch mehr Europa, mehr Bürgerbeteiligung und mehr Nachhaltigkeit. Das sind die Antworten der Zukunft und nicht nationalistischer Mief, Rassenwahn und linksradikale Verstaatlichungsphantasien. ■

Die Bundesregierung und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn weitere Unternehmen dem Beispiel derjenigen Firmen folgen, die den Kodex bereits anwenden. Eine kommentarhafte Betrachtung von Christian Neugebauer

Diesen Wunsch bekräftigten Vertreter des Bundeskanzleramtes bei einem Gespräch Mitte April, in dem Spitzen deutscher Vorreiterunternehmen gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und dem Unternehmensnetzwerk econsense den Deutschen Nachhaltigkeitskodex im Bundeskanzleramt vorstellten.

Die Bundesregierung wird nun Unternehmen mit Bundesbeteiligung empfehlen, die Anwendung des Kodexes zu prüfen, so kann man lesen in der Pressemitteilung. Entkleidet dem Politsprech, der Kodex soll Pflicht werden. Das dies natürlich bei der unabhängigen Wirtschaft nicht gut ankommt, ist auch klar.

Dies mag man auch als Ausdruck einer geringen Akzeptanz aber auch eines fehlenden Bedarfs an derartigen Kodixen betrachten. Von der Behauptung einer bundesweiten Relevanz mal ganz abgesehen, die man wohl mit skeptischer Vorsicht betrachten muss.

Der vorliegende Kodex ist eine Light Variante von GRI und anderen Normierungen und es stellt sich tatsächlich die Frage, ob die Welt wirklich nun einen neuen, nicht sehr innovativen deutschen Nachhaltigkeitskodex braucht. Wie auch immer, Schaden wird der nicht. Ob er nützen wird, mag dahin gestellt sein.

Der DNK mache die Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen mit Hilfe standardisierter Informationen mess- und vergleichbar. Er solle zu einer stärkeren Nachhaltigkeitsorien-

tierung der Kapitalmärkte beitragen, so der selbstgesetzte Anspruch.

Dr. Johannes Merck, Director Corporate Responsibility der Otto Group: „In der Vergangenheit sind wichtige Akteure in Sachen Nachhaltigkeit in Vorleistung gegangen: die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Wirtschaft. Nun ist die Politik am Zug. Sie sollte eine klare, verbindliche Rahmensezung und damit „Waffengleichheit“ für Unternehmen schaffen. Wir brauchen gleiche Bedingungen für alle, um einen fairen Wettbewerb zu schaffen, der unternehmerische Nachhaltigkeitsleistungen sichtbar und vergleichbar macht. So wird Nachhaltigkeit zugleich glaubwürdiger und verbindlicher und kann für alle Stakeholder mehr Orientierung bieten.“

Widersprüchliche Botschaft

Hier kann man nur sagen, richtige Ansage von Merck und genau diese Verbindlichkeit und Klarheit fehlt diesem Kodex, sowohl inhaltlich als auch politisch. Jetzt Unternehmen mit Bundesanteil quasi zu verpflichten unterläuft auch das selbstgesteckte Ziel und Anspruch nach Freiwilligkeit, wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung aber nicht müde wird hervorzuheben. Kurz, die Botschaft kann widersprüchlicher nicht sein.

So kann man in der Pressemitteilung lesen, wo das Thema Freiwilligkeit extemporiert wird: "Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat den Kodex im vergangenen Oktober ver-



In der Entsprechenserklärungen zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex können Unternehmen jeder Größe und Rechtsform sowie Organisationen dokumentieren, wie sie den Anforderungen des Kodex genügen. Insgesamt umfasst der DNK 20 Nachhaltigkeitskriterien mit ausgewählten Leistungsindikatoren, sogenannten Schlüsselindikatoren zu Ökologie, sozialen Aspekten und Fragen der Unternehmensführung. Gefordert sind Informationen zu Nachhaltigkeitsstrategien und -zielen des Unternehmens, zu Regeln, Prozessen und Anreizsystemen, die es installiert hat, um das Unternehmen schrittweise nachhaltiger zu machen, so zusammenfassend vom RNE die Anforderungen und Verständnis.

In Summe, die Wirtschaft ist da schon wesentlich weiter und vielleicht sollte mal der RNE aus der warmen Dusche heraustrreten, denn so kommt man nicht voran beim Thema Nachhaltigkeit. Im Gegenteil, dieser eher lasche Kodex kann so eine ideale Plattform für Greenwashing abgeben, denn "Deutscher Nachhaltigkeitskodex" klingt ja gut und verspricht mehr, spricht da hat man berechtigt eine größere Erwartungshaltung, die durch den Kodex aber nicht eingelöst wird. Und den Unternehmen macht die Entsprechungserklärung nur Arbeit.

Der Name ist toll – Deutscher Nachhaltigkeitskodex – und ein Kodex mit Zähnen und Klauen, wäre tatsächlich ein entsprechender Wettbewerbsvorteil auf dem globalen Markt. So ist er eine Provinzvorstellung. ■

abschiedet und ihn zur freiwilligen Anwendung empfohlen. Damit kann er auch von Unternehmen angewandt und eingefordert werden, die keiner Berichtspflicht unterliegen."

Berliner wollen sich ihr Stromnetz kaufen

Hintergrund ist, dass der aktuelle Betreibervertrag mit Vattenfall 2014 ausläuft. Nun hat sich eine Genossenschaft gegründet, die das Netz kaufen will, um die Energiewende voranzutreiben. Unterstützt wird dieses Vorhaben u.a. vom BUND, EWS, Greenpeace Energy und naturstrom. Und die möglichen Gewinne sollen dann für regionale, nachhaltige Wertschöpfung eingesetzt werden.

Mit Ende April treten Bürgerinnen und Bürger an, gemeinsam das Berliner Stromnetz zu kaufen. Die Konzession mit dem jetzigen Netzbetreiber Vattenfall läuft Ende 2014 aus und wird in den kommenden Monaten neu vergeben. Damit eröffnet sich die Möglichkeit zum Kauf des Netzes. Manche Medien wie die „taz“ meinen es sei Größenwahn; wir von Glocalist denken dies nicht.

Mit der Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG i.G. (BEB) soll den Bürgerinnen und Bürger Berlin die Möglichkeit geboten werden, das Netz der Hauptstadt via einer Genossenschaft in Bürgerhand zu bringen, „...um ein weithin sichtbares Zeichen für die Demokratisierung der Energielandschaft zu setzen und die Energiewende voranzutreiben“, so der erhobene Anspruch.

„Jeder Bürger ist eingeladen, sich entsprechend seiner finanziellen Möglichkeiten am gemeinschaftlichen Kauf des Stromnetzes zu beteiligen. In Form von Genossenschaftsanteilen und Treuhandeinlagen sammelt die BEB die für den Netzkauf nötige Summe.“, so die BEB gegenüber der Presse.

Die erste Million, so die Betreiber, dafür sei bereits am Konto, welches von der GLS geführt wird, die im Aufsichtsrat der Genossenschaft in Gründung vertreten ist. Die BEB hat in der vergangenen Woche offiziell ihr Interesse an der Konzession gegenüber dem Berliner Senat bekundet und damit den ersten Schritt zu einem bürgereigenen Stromnetz getan.

Luise Neumann-Cosel, Vorstand der BEB, erläutert die Ziele der Genossenschaft: „Stromnetze gehören in Bürgerhand. Denn wenn die Energiewende gelingen soll, braucht es echte Bürgerbeteiligung. Die Gestaltung unseres zukünftigen Energiesystems ist nicht allein Sache von Politik und Wirtschaft, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir Bürgerinnen und Bürger wollen aktiv mitgestalten und für eine zukunftsfähige Energielandschaft sorgen.“

Und die eingenommenen Gelder, sprich Gewinne dann wohl gemeint, aus dem Netzbetrieb sollten nachhaltig genutzt werden, etwa indem die regionale Wertschöpfung gefördert wird, führt Neumann-Cosel aus.

Cornelia Ziehm, Rechtsanwältin und Leiterin Klimaschutz und Energiewende der Deutschen Umwelthilfe und Mitglied des Aufsichtsrats der BEB, schränkt dies ein, wenn sie sagt: „...ein Teil der Gewinne aus dem Netzbetrieb (soll) direkt in Projekte zur Förderung einer klimafreundlichen und effizienten Energieversorgung fließen.“

Hinsichtlich der Auswahl der künftigen Projekte gebe es noch keine Richtlinien und Kriterien, erklärt Neumann-Cosel gegenüber den Glocalist Medien. Auf Nachfrage, ob es ausgeschlossen sei, dass hier Projekte der involvierten Partner bzw. Aufsichtsratsmitglieder gefördert werden, kann Neumann-Cosel aktuell nicht ausschließen, da noch keine entsprechenden Richtlinien



und Beschlüsse vorliegen bzw. ausgearbeitet worden seien. Jedenfalls wolle man vermeiden, dass ein "Geschmäcke" entstehe, so Neumann-Cosel auf Nachfrage von Glocalist. Eine sehr vage Compliance-Ansage, muss man kritisch-kommentarhaft hinzufügen, die noch Optimierungspotential aufweist und die sich beispielsweise eine BMW heute nicht mehr erlauben und zu Recht massive Kritik erhalten würde, denn da ist es beispielsweise ausgeschlossen, dass ein Aufsichtsratsmitglied Aufträge lukrieren dürfe.

Die BürgerEnergie Berlin eG i.G. wurde im Dezember 2011 von Berliner Bürgerinnen und Bürgern gegründet und wirbt nun in Berlin und bundesweit um Mitstreiter. In der Genossenschaft hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Höhe des eingebrachten Kapitals. Die Genossenschaft wird geleitet von den Vorständen Peter Masloch und Luise Neumann-Cosel.

Der Aufsichtsrat der BEB besteht aus Hartmut Gaßner (Aufsichtsratsvorsitz; Rechtsanwalt, Kanzlei GGSC), Lukas Beckmann (Vorstand GLS Treuhand), Arwen Colell (Studentin), Dr. Michael Sladek (Vorstand Elektrizitätswerke Schönaue), Steffen Walter (Dolmetscher) und Dr. Cornelia Ziehm (Rechtsanwältin, Deutsche Umwelthilfe).

Politisch findet dieses Vorhaben bereits Unterstützung von BÜNDNIS 90/Die Grünen, die in ihrer aktuellen Pressemitteilung verlautbaren: "Es ist eine gute Nachricht für alle, denen es mit Energiewende und Klimaschutz ernst ist, wenn neben dem Volksbegehren nun eine weitere Gruppe den Druck der Bevölkerung auf den Senat erhöht. Denn bisher haben Wowereit und sein Senat beim Thema Energiewende stets gebremst. Wir freuen uns, dass das Bündnis für eine Energiewende durch die Gründung der Genossenschaft BürgerEnergie Berlin noch breiter und wirkungsmächtiger wird." ■

Luxus und Nachhaltigkeit

Luxusgüter leben von der Reputation ihrer Marke: Diese stehen für Exklusivität und höchste Qualitätsansprüche. Sachverhalte wie Kinderarbeit, verschmutzte Seen und versauerte Regenwälder und vieles andere nicht-nachhaltige passen da nicht.

Die Unternehmensberatung KPMG hat 2009 den deutschen Luxusmarkt untersucht und festgestellt, dass rund 14% der Deutschen etablierte Luxuskäufer sind. Damals fragte sich KPMG ob Luxus und Nachhaltigkeit einen Widerspruch darstelle und kam zu einem tendenziellen Nein:

"Es kann daher gerade der Aspekt der Nachhaltigkeit sein, der ein Luxusgut zukünftig (mit) markieren kann und somit zu einem wichtigen Teil der Assoziation „Luxus“ wird. Als Luxus könnte man dann umweltverträgliche, lang haltende, unter besonders guten Produktionsbedingungen hergestellte Güter bezeichnen. Dies wäre sowohl im internen Wettbewerb der Luxusmarken (siehe vorheriges Kapitel) als auch im Wettbewerb zu Nichtluxusmarken ein besonderes Merkmal.", so KPMG 2009 in seiner Studie.

Aber Zeiten und Einstellungen ändern sich

Mittlerweile denken manche Luxusgüterproduzenten zunehmend lauter über Nachhaltigkeit nach und eine aktuelle Studie der Bank Sarasin macht deutlich, auch Investoren wollen künftig Nachhaltigkeit bei den Luxuskonzernen sehen.

Sarasin führt dazu folgend aus: Die zunehmende Nachfrage und die damit einhergehende Erhöhung des Produktionsvolumens bilden jedoch einen zunehmenden Widerspruch zu diesem Anspruch.

Noch zu wenig sensibilisiert für nachhaltige Fragestellungen, bergen Mängel in der Produktqualität, fragwürdige Rohstoffquellen und wenig transparente Lieferketten große Reputationsrisiken.

Der aktuelle Nachhaltigkeits-Branchenreport der Bank Sarasin hat 15 führende Luxusgüterunternehmen aus den Bereichen Mode, Uhren, Schmuck und Accessoires sowie Kosmetik und Parfümerie unter die Lupe genommen und ortet für die Branche dann im Bereich der Nachhaltigkeit auch entsprechenden Aufholbedarf.

Das Markenimage bildet die elementare Geschäftsgrundlage von Luxusgütern. Die Anforderungen, denen sich die Branche stellen muss, um dieses Image zu schützen, sind heute so hoch wie nie zuvor. Denn das Internet, die sozialen Medien und Verbraucherschutzorganisationen haben den Markt verändert: Im Vergleich zu früher verfügen Konsumenten über mehr Hintergrundwissen zu den Produkten, die sie kaufen.

Dies führt dazu, dass Qualitätsprobleme oder Missstände in der Fertigung schnell bekannt werden. Neben den herkömmlichen Qualitätstests sind es vor allem ökologische und soziale Aspekte entlang der Wertschöpfungskette, die in der Luxusgüterindustrie eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

So achten Käufer von Premium-Produkten zunehmend auf die Einhaltung ökolo-



drive-trains, seeking clarity on which alternative technologies may be suitable to drive Rolls-Royce motor cars of the future." Und Ferrari will im Sportwagenbereich nachlegen. Man wird sehen. ■

gischer und sozialer Mindeststandards. Negative Schlagzeilen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Verwendung so genannter "Blutdiamanten" oder mit Berichten über durch Textil- oder Lederfabriken verseuchte Flüsse, schaden dem Ruf einer Marke.

Im Gegenzug ermöglicht nachhaltiges Handeln den Unternehmen nicht nur Reputationsrisiken zu vermeiden, sondern bietet auch die Möglichkeit, ein glaubwürdiges verantwortungsbewusstes Image aufzubauen. Der Integration von Nachhaltigkeit in das Qualitätsmanagementsystem der Lieferkette von Luxusgütern kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.

Rolls-Royce Motor Cars hat die Entwicklung des "102EX" verkündet. Er soll möglicherweise das erste voll-elektrische Rolls-Royce werden. Vorderhand dient der Prototyp der Erkundung der Akzeptanz möglicher Kunden wie dem Sammeln von Daten und dem Test der Tauglichkeit. "We have engineered the world's first battery electric vehicle for the ultra-luxury segment," sagt CEO Torsten Müller-Ötvös und führt weiter aus: "With this vehicle, we begin an exploration into alternative

7 Tage, 7 Sachen, 7 Banner

Wählen Sie aus unserer Bannervielfalt für die zielgruppengenaue Positionierung Ihrer Botschaft. Sonderwünsche sind natürlich immer möglich.

The screenshot shows the website layout with several banner positions marked with circled numbers 1 through 7. Position 1 is a top banner (185 x 130 Pixel). Position 2 and 3 are side banners (148 x 154 Pixel). Position 4 is a middle banner (486 x 60 Pixel). Position 5 is a vertical sky-scraper banner (160 x 600 Pixel). Position 6 is a top banner (987 x 90 Pixel). Position 7 is a content-ad banner (300 x 250 Pixel*).

5
160 x 600
Pixel

* **Dieser Banner** erscheint auch eingebunden in allen tagesaktuellen Nachrichten des "Der Glocalist".

1 KOPFBANNER

185 x 130 Pixel

>> 260,- Euro exkl. MwSt.

2 bzw. 3 BANNERBUTTON

148 x 154 Pixel

>> 240,- Euro exkl. MwSt.

4 MITTELBANNER

486 x 60 Pixel

>> 360,- Euro exkl. MwSt.

5 SKY-SCRAPER

160 x 600 Pixel

>> 460,- Euro exkl. MwSt.

6 TOPBANNER SUPERSIZE

987 x 90 Pixel

>> 560,- Euro exkl. MwSt.

**7 CONTENTAD/
MEDIUM RECTANGLE***

300 x 250 Pixel

>> 660,- Euro exkl. MwSt.

Die Preise sind gültig für jeweils 7 Tage (Preis in Euro exkl. MwSt.). Buchungswise wochenweise (jeweils ab Freitag). Max. Buchungszeitraum 8 Wochen. **JEDER** Banner mit max. 200KB, ausschließlich GIF/JPG, mit einem Link.

Und damit alles einfach bleibt...

Wir haben die sogenannte Fixplatzierung auf Zeit, d.h. es wird nicht nach Click-Rate etc. abgerechnet und daher auch keine Einzel-Statistik ausgeworfen ... Sie buchen für eine Woche – ohne Extra-Kosten. MwSt. = 19 %.

Institutionelle Anleger zeigen sich verhalten

Deutsche Großanleger sind gegenüber nachhaltigen Investments im Vergleich zum Vorjahr zurückhaltender geworden. Die Einstellung gegenüber Anlagen, die auch ökologische, soziale oder ethische Aspekte berücksichtigen, ist positiv. Es fehlt aber an Information und Dialog.

Zu diesem Ergebnis kommt der diesjährige Stimmungsindex zur nachhaltigen Kapitalanlage von Union Investment in Zusammenarbeit mit Prof. Henry Schäfer von der Universität Stuttgart.

Im Vergleich zum Vorjahr fiel der Index auf einer Skala von -100 bis +100 von +22 auf +4 Punkte. Der von Prof. Schäfer entwickelte Index basiert auf den Daten einer jährlich von Union Investment durchgeführten Befragung institutioneller Investoren zu verschiedenen Aspekten der nachhaltigen Kapitalanlage.

In diesem Jahr nahmen 202 Großanleger wie Versicherungen, Pensionskassen, Banken, Unternehmen und Stiftungen mit einem verwalteten Gesamtvermögen von mehr als 2,4 Billionen Euro (rund 2.440 Mrd. Euro) an der Studie teil.

Zu wenig Information

„Schwankungen in den Einstellungen der Investoren sind üblich und in der aktuellen Größenordnung durchaus im Rahmen“, betonte Prof. Schäfer. Zum Rückgang des Index haben unter anderen folgende drei Faktoren beigetragen: So gaben in der von Februar bis März 2012 durchgeführten Befragung diesmal weniger Investoren an, Nachhaltigkeitskriterien bei ihren Anlageentscheidungen zu berücksichtigen.

Hatten sich im vergangenen Jahr noch 64 Prozent entsprechend geäußert, waren es jetzt noch knapp 50 Prozent. Ferner sank in

diesem Jahr bei den Befragten die Gewichtung nachhaltiger Strategien im Rahmen der gesamten Anlagepolitik. Während sich 2011 noch 59 Prozent der Großanleger dazu bekannt hatten, nachhaltige Strategien im Vergleich zu anderen Investmentkriterien stark oder sehr stark zu berücksichtigen, fiel dieser Anteil in der aktuellen Befragung auf 42 Prozent. Rund die Hälfte der Investoren berücksichtigt Nachhaltigkeitsaspekte in gleichem Maße wie andere Anlagekriterien.

Dritter Faktor ist ein Informationsdefizit: Der Anteil derjenigen, die sich in Sachen Nachhaltigkeit gut oder sehr gut informiert fühlen, sank von 57 auf 40 Prozent.

Prof. Schäfer sieht aufgrund der aktuellen Stimmungslage vor allem einen Bedarf an kundengerechten Lösungen. „Nachhaltige Anlagestrategien haben durchaus ein gutes Fundament in der deutschen Investorenlandschaft, doch bei vielen Großanlegern herrscht anscheinend noch Unklarheit hinsichtlich der individuell passenden Konzeption und der Umsetzbarkeit im eigenen Investmentprozess“, sagte der Wissenschaftler. Die Komplexität habe sich für Anleger angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung des nachhaltigen Investmentspektrums weiter erhöht.

Trend und UN PRI setzt sich durch

Trotz der Veränderungen in einigen Bereichen bestätigt die Untersuchung in diesem Jahr zentrale Trends im Bereich der Nachhal-

tigkeit. So dominiert bei den Investoren die ökonomische Nutzenbetrachtung weiterhin das Verständnis nachhaltiger Investmentstrategien. 73 Prozent der Befragten sehen hierin das wichtigste Kriterium für eine nachhaltige Kapitalanlage, gefolgt von sozialen (68 Prozent), ethischen (67 Prozent) und ökologischen Aspekten (60 Prozent). Bereits im vergangenen Jahr zählte die Verbesserung des Risikomanagements für 58 Prozent der Großanleger zu den Top-Motiven für den Einsatz nachhaltiger Anlagestrategien. In diesem Jahr stieg ihre Zahl sogar noch weiter auf 65 Prozent.

Im vergangenen Jahr gaben bereits knapp 42 Prozent der Großanleger an, ihre Rolle als aktiver Investor auf- oder ausbauen zu wollen, so waren es in der diesjährigen Untersuchung sogar 47 Prozent. Das heißt, sie planen, durch einen gezielten Dialog Einfluss auf Unternehmen in Hinblick auf ökologische und soziale Kriterien sowie die Grundsätzen guter Unternehmensführung (so genannte ESG-Aspekte) auszuüben.

Zunehmende Bedeutung für die nachhaltige Kapitalanlage institutioneller Investoren erhalten die Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortungsvolles Investieren (UN PRI). 67 Prozent der Großanleger, die diese Prinzipien kennen, setzen sich mit den darin enthaltenen Standards und Anforderungen auseinander. 21 Prozent von ihnen gaben an, die UN PRI bereits unterzeichnet zu haben, 12 Prozent planen eine Unterzeichnung in den kommenden zwölf Monaten. ■

Politik will freie Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit abschaffen

Von Christian Neugebauer

Wenn das kommt, was aktuell in den Medien kolportiert wird, dann kann man die Marktwirtschaft und das Thema Nachhaltigkeit in Europa zuklappen. Die ist nur mehr für die blöden Leistungsträger. Sogar NGOs fragen nach mehr Markt.

Aktuell zahlen die Arbeitnehmer in Deutschland rund 50% Abgaben an den Staat. Die KMUs nicht minder. Was macht man mit dem vielen Geld so?

Nun, die Frage ist rasch beantwortet. Der Bürger soll künftig direkt und ohne Umweg marode Banken stützen. Wie das geht? Es sei geplant, so berichten DIE SÜDDEUTSCHE, DER SPIEGEL und DIE WELT, dass der ESM, vulgo Rettungsschirm, nicht mehr das Geld an die Staaten "verleiht", wofür diese ein Haushaltskürzungen durchziehen müssen, um es ihren Banken geben zu können, die es dann an die Wirtschaft via Kredite verleihen, damit diese dann Aufträge realisieren und Menschen beschäftigen können, die dann die Steuer zahlen, um es denn Staat zu geben, der dann...sondern man hat eine ganz andere, einfache Idee: Man sieht ja, das ist alles viel zu kompliziert.

Man will es nun direkt lösen. Nun sollen die maroden vom Bankrott bedrohten Banken das Geld gleich direkt vom ESM bekommen. Damit ist die Marktwirtschaft final ausgehebelt und Banken haben direkt und ohne Umschweif eine staatliche Ausfallshaftung in ihren Büchern stehen. Welches Unternehmen, welche Branche genießt noch solch ein Privileg? Oder umgekehrt, Staatsbanken gab es zuletzt im Kommunismus und der ist bekanntlicher Weise pleite gegangen.

Die Marktwirtschaft bleibt so nur mehr für die Deppen, sei es als Unternehmer oder als Arbeitnehmer, die sich zerreißen dürfen in

60 Stunden Wochen mit einer privaten Krankenversicherung am Hals, wo man am besten noch gleich eine Rechtsschutzversicherung abschließt, die dann für einen die Ansprüche gegenüber der Krankenkasse durchboxt, denn die Kassen lassen es mal gerne darauf ankommen.

Wie da dann noch Innovation in Richtung Nachhaltigkeit realisiert werden soll, bleibt ein Rätsel, denn das Geld fließt dann nicht mehr in eine Energiewende, Gesundheit oder Bildung, sondern in die maroden Bilanzen von Banken.

Und nicht viel anders sieht es im Bereich Landwirtschaft aus, woe s immerhin um die Umverteilung von 60 Milliarden Euro jährlich geht. Hier ist die Marktwirtschaft schon längst abgeschafft und Konzerne wie eine Großagrarindustrie profitiert davon einseitig auf Kosten der kleinen Bauern und Konsumenten.

So verwundert es wenig, wenn NGOs, die der Marktwirtschaft bisher traditionell eher fern standen, nun eben jene Marktwirtschaft für den Agrarbereich einfordern.

Ende April fuhr in einem bunten Konvoi über 150 Traktoren nach Konstanz zur Marktstätte, wo sich die europäischen Agrarminister trafen. Initiiert wurde die Veranstaltung von der „Aktion Agrarzukunft“.

Der Zusammenschluss mehrerer Bauern-, Verbraucher- und Umweltverbände appell-

lierte an die im Konstanzer Inselhotel tagende Agrarministerkonferenz, sich für „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ einzusetzen und einen Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik zu vollziehen.

„Wir brauchen eine Agrarpolitik, der die Menschen wieder volles Vertrauen schenken können. Eine Agrarpolitik, die sowohl für gesunde Lebensmittel und eine intakte Natur sorgt als auch für einen fairen Umgang mit den Bauern und eine anständige Tierhaltung“, sagten die Initiatoren der Aktion Agrarzukunft.

„Es ist nicht einzusehen, dass weiterhin 80 Prozent der öffentlichen Gelder an nur 20 Prozent der Betriebe fließen. Das Prinzip ‚Wachse oder Weiche‘ müssen wir endlich umkehren in ‚Bauernhöfe statt Agrarindustrie‘, damit auch die bäuerliche Landwirtschaft eine Zukunft hat“, so die Initiatoren der Aktion Agrarzukunft.

Endlich für Marktwirtschaft

Es ist halt ein Bild wie beim Bankensektor: Wenige marode, große Betriebe werden unfreiwillig vom Bürger durchfinanziert. Und dies oft zu seinem Schaden: Trotz massiver Subvention jagt ein Lebensmittelkandal den nächsten, Verbraucher werden gewerbsmäßig getäuscht und die Meer leer gefischt durch eine verantwortliche Goßfangflotte der EU finanziert von der EU. Und auch hier das durchgängige Prinzip: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Das ist keine Marktwirtschaft, sondern planwirtschaftliche Günstlingswirtschaft.

Und so wundert es nicht, wenn gerade an die Marktwirtschaft appelliert wird, denn diese wird durch die EU und den Mitgliedsstaaten gröblichst verletzt. Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter (BDM), forderte daher die tagenden Agrarminister angesichts aktuell

massiv fallender Milchpreise auf, marktwirtschaftlich zu handeln und einer Krise vorzubeugen.

Gesunde Ökonomie braucht gesunde Ökologie

NABU-Landwirtschaftsexperte Matthias Strobl appellierte an die deutschen Minister, sich auch gegen Widerstände der Agrarindustrie und des Deutschen Bauernverbandes dafür einzusetzen, die GAP naturverträglicher zu machen. Die Naturschützer pochen dabei vor allem auf einen wirksamen Schutz von Wiesen und Weiden sowie die Einführung „ökologischer Vorrangflächen“. Auf zehn Prozent jedes Betriebes soll aus Sicht der Umweltverbände dann nicht mehr die Ertragsmaximierung sondern primär der Naturschutz im Fokus stehen.

Irrsinn Tierfütterung

Anneliese Schmeh von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) setzte sich für eine Agrarpolitik ein, die auch kleineren Betrieben eine Zukunft eröffnet.

„Tierfabriken und Monokultur-Großbetriebe dürfen nicht das Modell der Zukunft sein. Besonders deutlich wird der Missstand bei der Futtermittelproduktion. Die Tiere in deutschen Betrieben fressen größtenteils Sojafutter aus Südamerika, wo dafür der Regenwald abgebrannt wird. Das ist Irrsinn.“, sagte Bioland-Bäuerin Schmeh.

In der Aktion Agrarzukunft haben sich folgende Verbände zusammengeschlossen: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM), Bioland, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Demeter, European Professional Beekeepers Association, Mellifera, Naturschutzbund (NABU), Slow Food Deutschland, Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

TRANSFORMATIONSKONGRESS

NACHHALTIG HANDELN
WIRTSCHAFT NEU GESTALTEN
DEMOKRATIE STÄRKEN



8. - 9. JUNI 2012, BERLIN

BERLINER CONGRESS CENTER (BCC)
AM ALEXANDERPLATZ, ALEXANDERSTRASSE 11

ORGANISATOREN



SOZIALWISSENSCHAFTLICHES
INSTITUT
der Evangelischen Kirche in Deutschland 



GEFÖRDET DURCH



Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Betreuungsgeld – NichtMeineMinisterin

Nach der peinlichen Buchpremiere am Prenzlauer Berg von Ministerin Schröder in Berlin, gibt es nun einen öffentlichen Brief an Schröder gegen das Betreuungsgeld. Mehr als 23.000 haben ihn schon unterzeichnet.

So heißt es im Offenen Brief: "Unser Problem sind nicht überkommene Rollenbilder, diktiert von „Feministinnen“, sondern weniger Lohn für gleiche Arbeit, fehlende Kitaplätze, gläserne Decken, die Gefahr von weiblicher Altersarmut aufgrund von Teilzeitarbeit, Niedriglohnsektor und geringfügiger Beschäftigung!"

Der Druck auf Bundesministerin Kristina Schröder wird immer größer. Innerhalb weniger Tage haben über 21.000 Menschen einen Offenen Brief auf der Internetseite > www.nichtmeineministerin.de unterzeichnet, der sich gegen Schröders Buch, ihre politischen Positionen zu Quote und Betreuungsgeld sowie ihren Rundumschlag gegen „Feministinnen“ wendet.

„Wir fühlen uns von der für Frauen- und Familienpolitik zuständigen Ministerin Kristina Schröder nicht vertreten“, schreiben die Kritikerinnen und Kritiker – unter denen sich viele prominente Persönlichkeiten befinden. „Kristina Schröder lässt uns mit unseren strukturellen Problemen alleine und tut sie als individuelle Probleme ab“, heißt es an anderer Stelle.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern, dass sich Schröder endlich ihrer Aufgabe als Frauen- und Familienministerin widmet: Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern ermöglichen.

Ihre Projekte wie das Betreuungsgeld und die Flexiquote gehen in die falsche Richtung. Immer noch haben Frauen mit ungleicher Bezahlung, drohender Altersarmut aufgrund von Teilzeitarbeit, fehlenden Kitaplätzen und gläsernen Decken zu kämpfen.

Zum Bündnis nichtmeineministerin.de zählen unter anderem die Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES, der feministische Blog Mädchenmannschaft e.V., die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), der Kegelklub der Piratenpartei sowie der Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen, der die Initiative gestartet hat.

Aber Schröder ist nicht nur verhaltensauffällig, wenn es darum geht, Frauen an den Herd zurück zu bringen - aber nur jene, die es sich leisten können, denn HARTZ IV-Bezieherinnen soll dies ja dann abgezogen werden -, sondern auch wenn es darum geht auf dem rechten Auge so richtig blind zu sein, indem sie nach vor an ihren selbstgestrickten Radikalerlass festhält, wonach Organisationen, die für Demokratie und Menschenrechte sind, kein Geld bekommen. So geht das in Wiesbaden. ■

**SO GÜNSTIG
KOMMEN WIR
NICHT MEHR
ZUSAMMEN:**

**Eine 1/2 Seite.
Für 100,- Euro netto.
Alle Infos dazu:**

http://glocalist.com/fileadmin/Glocalist_Mediadaten_2012_Review.pdf

Glocalist
REVIEW



EINE SEITE. FÜR 200,- EURO NETTO.

SozialMarie Preisträger 2012

Die achte Preisverleihung der SozialMarie ging am Dienstag 1. Mai, im ORF Radiokulturhaus über die Bühne.

Der Preis SozialMarie wird jährlich an die besten sozialinnovativen Projekte vergeben. 2012 wurden bereits zum achten Mal Projekte, die mit innovativen Lösungen auf geänderte gesellschaftspolitische Bedingungen reagieren, geehrt.

DIE HAUPTPREISE



Alle Fotos i.A. Unruhe Privatstiftung:
Anna Rauchenberger

1. Preis - Kinderhospiz Netz (Wien)

Familien mit unheilbar erkrankten Kindern oder Jugendlichen werden vom Kinderhospiz-Team kostenfrei sowohl medizinisch-pflegerisch als auch psychosozial betreut, inkl. finanziell-alltagspraktischer Aspekte. Unterschieden wird dabei zwischen den erkrankten Kindern selbst, den Geschwistern und den Angehörigen. Neben einsatzbezogen bezahlten ExpertInnen und den Kinderhaus-

krankenschwesterInnen von Moki Wien stehen 22 extra dafür geschulte Ehrenamtliche für die ambulant-mobile Betreuung zur Verfügung. Koordiniert werden vor allem auch externe Dienste: KinderärztInnen, Kinderintensivstationen, Jugendamt, Polizei, Schulen/Kindergärten. Bisher wurden mehr als 20 Familien begleitet, in unterschiedlicher Intensität, auch über den Tod des Kindes hinaus.

Würdigung und Begründung der Jury:

Mit dieser Leistungskombination ist das Kinderhospiz Netz einzigartig im deutschsprachigen Raum! Zentral dabei: Die Krankheit wird nicht isoliert von ihrem sozialen Kontext betrachtet. Das Kinderhospiz-Team arbeitet bedürfnisorientiert, ohne Parallelstrukturen aufzubauen, sondern vernetzt und ergänzend, und zeigt gesundheitspolitischen Handlungsbedarf im Bereich der palliativen und Sterbebegleitung von Kindern und Jugendlichen auf. Selbst fast ausschließlich spendenfinanziert, will es durch seine, auch politische, Überzeugungsarbeit erreichen, dass Kinderpalliativangebote ins öffentliche Gesundheitssystem integriert werden. Wir möchten mit unserer Auszeichnung dabei behilflich sein!

seit: 2007; Trägerorganisation: Verein Netz

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/kinderhospiz_netz.2090.html



2. Preis - eltern.chat – Fachgespräche von Eltern für Eltern (Vorarlberg)

Rund 100 Mal im Jahr treffen sich in zwölf Vorarlberger Gemeinden verschiedene Erziehungsberechtigte zu einem „eltern.chat“, einer Gesprächsrunde, in der Wohnung einer Gastgeberin oder öffentlich, etwa in einer Schule, sie sprechen türkisch, vorarlbergerisch oder russisch. Sie diskutieren rund um ein Erziehungsthema, eingeleitet und moderiert von einer extra dafür geschulten Moderatorin. Derzeit gibt es Themen zum Stark machen der Kinder, zum Umgang mit dem Fernsehen, zur Geschwisterbeziehung, zum Schlafengehen, zum Sprechen lernen, zur Ernährung, zu Kraftquellen und zur Pubertät. Gefunden werden die Themen von den rund 20 Moderatorinnen bei den regelmäßigen Austauschtreffen gemeinsam mit den Regionalbeauftragten.

Würdigung und Begründung der Jury:

Weil das übliche vortragsorientierte Bildungsangebot an einem familienexternen Ort nicht funktionierte, wurde der „eltern.chat“ erfunden: er kommt leichtfüßig daher und ist doch klar strukturiert, er engagiert Moderatorinnen, die Diskussionen in ihrem privaten sozialen Netzwerk themenbezogen anleiten. Und er funktioniert auch gut bei Frauen mit nicht-österreichischen Wurzeln, deren Bildungsoffenheit wird mit diesem neuen Design aufgegriffen und in Wert gesetzt. Ein sich selbst steuerndes System, zentral eingerahmt, leicht ausbaufähig. Und ein Beitrag zur solidarisch lernenden Kommune – ein Achtel der Gemeinden in Vorarlberg sind bereits dabei! Auf dass sich der Virus ausbreite...

seit: 2006; Trägerorganisation: Katholisches Bildungswerk Vorarlberg gemeinsam mit der Werkstatt für Suchtprophylaxe (Supro)

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/eltern.chat_fachgesprache_von_eltern_fur_eltern.2169.html



3. Preis - Junior City Farmer Schönbrunn (Wien)

Mitten in Wien bauen Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 12 Jahren unter altersgemäßer fachlicher Anleitung Gemüse an, ernten, kochen und essen gemeinsam, spielen in einem kleinen (Märchen)Nadelwald, erlaufen die Natur zwischen Obstbäumen,... die Kinder haben unterschiedliche Hintergründe, vielleicht gibt es soziale und/oder sprachliche Barrieren, körperliche oder psychische Beeinträchtigungen. Es geht um ein soziales Lernen im miteinander Tun, entlang biologischer Kreisläufe und mit allen Sinnen. Möglich sind zehn Gruppen pro Woche à Ø 20 Kinder, regelmäßig oder punktuell, institutionell über Kindergärten oder Schulen oder privat mit den Erziehungsberechtigten. Und am Ende nehmen sie immer was (im Blumenkisterl) mit.

Würdigung und Begründung der Jury:

Brachliegendes Gelände wird zu einem kollektiv erlebbaren Gartenareal für Kinder und Jugendliche aus der Stadt umgestaltet, brachliegendes Potential kann so für ein soziales, für ein integratives Lernen genutzt werden. Und zwar nicht vordergründig, sondern ‚nebenher‘. Im Vordergrund steht das Verstehen der Naturkreisläufe. Im Hintergrund läuft die soziale Aktivierung, Gestaltbarkeit wird erlebbar, Öffnung sich selbst und anderen gegenüber möglich. Weil es wächst Verschiedenes heran, in der Natur und im Sozialen... Ruhe und Bewegung, Freiheit und Stille, ein einfaches, ein vielfältiges Projekt. Hoffentlich kann die strukturelle Basis für eine möglichst große Verbreitung der Junior City Farmer geschaffen werden!

seit: 2011; Trägerorganisation: City Farm Schönbrunn - Förderverein für Gartenbau und Gartenpädagogik

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/junior_city_farmer_schonbrunn.2258.html



1000 EURO PREISE

„Denk ich an Heimat“. Ein Straßenbuch. (Salzburg)

Das Text- und Fotobuch zeigt den LeserInnen eine Realität, die den meisten ansonsten verborgen bleibt. Fünfzehn StraßenzeitungsautorInnen schreiben, angeleitet durch den Schriftsteller Walter Müller, autobiographisch oder fiktiv darüber, was für sie ‚Heimat‘ ist. Die SponsorInnen beantworten diese Frage auch. Die StraßenzeitungsverkäuferInnen öffnen sich in ihren Geschichten, auf den Fotos, mit ihrem Schriftzug, lesend vor Publikum: im Festspielhaus beim Adventsingen, mit anderen Prominenten im Theater Odeion, bei den Rauriser Literaturtagen; und bekommen den Salzburger Volkskulturpreis 2011. Sie werden auch für Lesungen extra gebucht. Und das Buch verkauft sich gut auf der Straße, bereits über 3000 Mal.

Trägerorganisation: Straßenzeitung Apropos (eine Einrichtung der Sozialen Arbeit GmbH)

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/denk_ich_an_heimat_ein_strasenbuch..2048.html

out@school – das Schulprojekt von Go West und AKS über Homosexualität (Vorarlberg)

Professionell aufbereitete Workshops für SchülerInnen ab der vierten Unterstufe zum Thema Homo-, Bisexualität und Transidentität mit je zwei erwachsenen und jugendlichen ExpertInnen, um Vorurteile und Klischees der SchülerInnen zu stören und role models zu präsentieren. Erkenne ich schwule Männer an ihrem Outfit oder lesbische Frauen an ihrem Auftreten? Oder verhalten sie sich vielleicht genauso wie meine Schulkollegin oder unser Lehrer? Persönliche ‚coming out‘-Geschichten zeigen die Lebensrealität von Lesben, Schwulen, Bisexuellen oder Transgenderpersonen und laden zur Auseinandersetzung mit konkreten ‚angreifbaren‘ Personen ein. Und für die Zukunft sind auch Workshops für Eltern und LehrerInnen angedacht.

Trägerorganisation: Go West und Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS)

Projektseite SozialMarie: <http://sozialmarie.org/projekte/outschool.2049.html>

Integration Assistance Program (Wien)

Nicht österreichische Mitarbeiterinnen im Niedriglohnsektor – etwa in der Reinigungsbranche, im Vertrieb oder in der Gastronomie – werden vertraulich und kostenlos beraten, sofern sie dies wollen. Der Kontakt wird über das Unternehmen hergestellt, die unmittelbar vorgesetzte Managementebene ist ebenfalls eingebunden. Die Leistung umfasst dabei betriebliche Sozialarbeit (zB bei finanziellen oder Wohnungsproblemen, Betreuungspflichten etc.), Mediation, berufliches Coaching und individuelles Sprachtraining. Die Begleitung folgt den Bedürfnissen der Frauen, sowohl inhaltlich als auch örtlich und zeitlich. Die Finanzierung übernimmt aktuell das BMI, à la longue sollen aber die nutznießenden Unternehmen dafür zahlen.

Trägerorganisation: crosslink & company

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/integration_assistance_program.2057.html

Dorfservice (Kärnten)

In mittlerweile 12 Gemeinden im Bezirk Spittal/Drau koordinieren sechs Wiedereinsteigerinnen an die 100 Ehrenamtliche aus allen sozialen Schichten, die für die bisher rund 700 KlientInnen Fahrtendienste zB zu ÄrztInnen machen, für diese einkaufen, sie besuchen, auf Kinder aufpassen und andere Hilfsdienste anbieten. Die Dienstleistungen sind für die verstreuten BewohnerInnen der Region kostenlos, schnell verfügbar und können einfach angefordert werden. Die ehrenamtlichen HelferInnen (75% Frauen, 25% Männer) sind versichert, bekommen Fahrtentschädigung und werden professionell begleitet. Das mehrheitlich öffentlich finanzierte Dorfservice stärkt damit gemeindenahere Strukturen und ist Motor für weitere regionale Projekte.

Trägerorganisation: Haushalts-, Familien- und Betriebsservice (Verein)

Projektseite SozialMarie: <http://sozialmarie.org/projekte/dorfservice.2065.html>

„Moj jezik vrijedi“ – „Meine Sprache zählt“ (Burgenland)

Das erste zweisprachige Pflegezentrum Österreichs steht in Nikitsch, wo die Burgenländischen KroatInnen die Mehrheit bilden, daher soll sich der spezielle sprachliche und kulturelle Hintergrund dieser Region auch im Pflegeheim abbilden. So sind 36 der 42 BewohnerInnen kroatisch sprechende

BurgenländerInnen. Im Alltag des Pflegezentrums heißt das: eine durchgehend zweisprachige Beschilderung und Information, möglichst zweisprachiges Personal und für die Einsprachigen ein kontextbezogener Sprachkurs, zweisprachige und burgenländisch-kroatische Veranstaltungen wie zum Beispiel Musikabende, Liederkreise, Gottesdienste, ‚Erzählcafés‘, Lesungen, gemeinsames Kochen und Laientheateraufführungen als Film.

Trägerorganisation: SeneCura Sozialzentrum Nikitsch

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/moj_jezik_vrijedi__meine_sprache_zahlt.2084.html

Children of Imprisoned Parents (Tschechien)

Kinder und Jugendliche, deren Vater oder Mutter im Gefängnis sitzen, sollen die Möglichkeit haben, diese zu besuchen bzw. vorher und nachher mit ihnen in brieflichem oder telefonischem Kontakt zu bleiben. Voraussetzung ist ein bestehender Kontakt von Seiten des Elternteils. Begleitete Besuche der Kinder im Gefängnis sind Herzstück des Projektes, und sie sind gut vorzubereiten: va psychologisch mit den Kindern und dem gefangenen Elternteil, infrastrukturell mit dem Gefängnis, und mit Überzeugungsarbeit gegenüber jenen Personen, die für die Kinder sorgen. Derzeit sind solche Besuche in sieben (von 35) Gefängnissen möglich, 50 Familien werden betreut, im September startet ein skype-Pilotprojekt in einem Gefängnis in Prag.

Trägerorganisation: Czech Helsinki Committee

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/children_of_imprisoned_parents.2120.html

Partizipatives Budget für die Slowakei (Slowakei)

Nach dem Vorbild Porto Alegre sollen in slowakischen Städten und Kommunen sog. partizipative Budgets (BürgerInnenhaushalte) eingeführt werden als eine demokratisierte Form der Budgeterstellung, bei der sich BürgerInnen ohne politisches Mandat am Prozess zur Planung des öffentlichen Haushalts beteiligen. Ziel ist immer eine Institutionalisierung des Beteiligungsprozesses. Gelungen ist dies Ende 2011 in Bratislava, wobei jener Teil des Budgets, der als partizipatives Budget von der Bevölkerung gestaltet werden kann, noch klein ist. Weitere Ansätze gibt es mit den Städten Ruzomberok und Mlynska Dolina. Inhaltlich konzentrieren sich die partizipativen Budgets derzeit auf Verkehr, Kultur, Senioren, Jugend und Ökologie.

Trägerorganisation: Utopia (Verein)

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/partizipatives_budget_fur_die_slowakei_participativny_rozpocet_pre_slovensko_-_pr_pre_sr.2139.html

Creation-Oriented Social + Integrational Model Program at the Hétes-Settlement of Ózd (Ungarn)

Eine von rund 400 Roma bewohnte Siedlung namens Hétes ist in einem mehr als tristen Zustand, seit dem Niedergang der Schwerindustrie in Ózd nach 1989 gibt es so gut wie keine Arbeitsmöglichkeit. Im Rahmen des Projekts werden die BewohnerInnen, nicht nur in Sommer-Camps, zu ‚kreativer Arbeit‘ animiert, um ihre Situation zu verbessern. Dabei wurden Wohnhäuser renoviert, öffentliche Klos und Bäder gebaut, die Straßenbeleuchtung wieder hergestellt, eine Gesamtreinigung und Desinfektion durchgeführt, die Schulbesuchsrate erhöht, Gemüsegärten eingerichtet,... dies alles gelingt mit Freiwilligen von Hétes und anderswo, und einer ständigen Präsenz vor Ort. 2012 werden Teile des Projekts von Regierungsseite übernommen.

Trägerorganisation: Van Helyed Alapítvány

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/creation-oriented_social_and_integrational_model_program_at_the_hetes-settlement_of_ozd.2143.html

Wohnhaus „Die Schwalbe“ – Betroffeneninitiative für Frauen mit psych. Erkrankungen (Stmk.)

Bis zu sieben Frauen können nach einem Langzeitaufenthalt in einer psychiatrischen Klinik bis zu einem Jahr in der von Betroffenen gegründeten und geleiteten „Schwalbe“ wohnen. Die medizinische und therapeutische Betreuung erfolgt individuell außer Haus. Im Haus gibt es von Montag bis Freitag eine Tagesstruktur mit Garten- und Küchenarbeit und verschiedenen Entspannungsangeboten, in der Organisation des Alltags werden die dort wohnenden Frauen begleitet. Dadurch soll eine langfristige Stabilisierung und in Folge ein Neustart

in die Selbständigkeit erreicht werden. Gleichzeitig treten die GründerInnen in der Öffentlichkeit gegen Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen auf.

Trägerorganisation: Verein „Die Schwalbe“ – Wohn- und Beschäftigungsinitiative für Frauen in Lebenskrisen

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/wohnhaus_die_schwalbe__betroffeneninitiative_fur_frauen_mit_psychischen_erkrankungen.2152.html

Lesen kann Ihre Dummheit gefährden – Lesemotivationsprojekt in Ebenfurth (Niederösterreich)

In der Stadtgemeinde Ebenfurth leben viele Kinder. Um die fünfzig Prozent haben ausländische Wurzeln. Gemeinsam verfügen sie daher über viele verschiedene Sprachen, mehr als zehn. So wurde eine mehrsprachige Kinderbibliothek aufgebaut, einmal im Monat gibt es mehrsprachige Vorlesestunden für Kindergarten- und für Volksschulkinder, ein jährliches Lesemotivationsprojekt „Wir machen unser eigenes Buch“ ermöglicht es den SchülerInnen der ersten beiden Volksschulklassen eine Tiergeschichte oder eine Familiengeschichte aufzuschreiben, zuerst in der Muttersprache und dann in einer Wunschsprache. Und die Zusammenarbeit funktioniert: zwischen Kindergärten, Volksschule, Buchhandlungen, Gemeinde, Eltern und Großeltern.

Trägerorganisation: KulturBauStelle – Verein zur Förderung interkultureller Zusammenarbeit

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/lesen_kann_ihre_dummheit_gefahrden__lesemotivationsprojekt_in_ebenfurth.2180.html

Bildungswege – ausbildungsbezogene Perspektiven für unbegleitete junge Flüchtlinge (Wien)

Unbegleitete junge Flüchtlinge zwischen 16 und 24 mit aufenthaltsrechtlicher Perspektive in Österreich bekommen durch



SozialMarie Publikumspreis 2012

eine intensive Nachqualifizierung zusätzlich eine ausbildungsbezogene Perspektive: ein sechsmonatiges Förderprogramm in Deutsch, Englisch und Mathematik, ergänzt mit EDV und branchenspezifischen Inhalten; ehrenamtliche MentorInnen und Bewerbungstrainings helfen beim Lernen und der konkreten Lehrstellensuche. Aktuell machen zwanzig junge Flüchtlinge bei den ‚Bildungswegen 2012‘ mit, zwölf davon haben nach den Schnupperpraktika zu Beginn bereits eine fixe Lehrstellenzusage bei fünf der mit dem Projekt kooperierenden Unternehmen.

Trägerorganisation: lobby.16 – Unterstützung für unbegleitete junge Flüchtlinge

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/bildungswege_-_ausbildungsbezogene_perspektiven_fur_unbegleitete_junge_fluechtlinge.2204.html

Disability Rights Program (Ungarn)

An die 100.000 Menschen mit (multiplen) psychischen Behinderungen leben in Ungarn, die meisten werden von ihren Familien, von denen $\frac{3}{4}$ unter die Armutsgrenze fallen, betreut, an die 20.000 sind in großen Heimen untergebracht. Sie und auch ihre Familien befinden sich zumeist im gesellschaftlichen Abseits. Das Disability Rights Program kämpft auf vielen Ebenen für die Rechte dieser Menschen: Druck auf politische EntscheiderInnen, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, konkrete Vorschläge für eine Reform der fast automatischen Sachwalterschaft, für ein Wahlrecht, für ein Recht auf Bildung für Kinder mit psychischen Behinderungen – und zunehmend werden die Betroffenen darin gestärkt, ihre Rechte selbst zu verteidigen.

Trägerorganisation: Hungarian Civil Liberties Union (HCLU)

Projektseite SozialMarie: http://sozialmarie.org/projekte/disability_rights_program.2213.html

SozialMarie Publikumspreisträger

2012 erstmals war es allen InteressentInnen möglich, ihr Lieblingsprojekt aus den aktuellen Einreichungen auszuwählen. Die erste Publikumswahl der SozialMarie lief vom 28. Februar bis 26. März 2012. Jeder konnte zwei Stimmen abgeben: eine für ein österreichisches und eine andere an ein ungarisches Projekt, da beide Länder komplett zum Einreichgebiet der SozialMarie gehören.

ÖSTERREICH: RÜCKENWIND (INNSBRUCK)

Rückenwind ist ein Projekt für junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren. Ziel ist es, junge Menschen zu motivieren, ihr Leben in die Hand zu nehmen und gemeinsam Möglichkeiten und Perspektiven zu schaffen. Während einer Auszeit stehen interkulturelles Lernen und Erfahrungen fürs Leben genauso im Vordergrund wie spannend lebensweltorientierte Abenteuer und unvergessliche Erlebnisse.

Projektbeschreibung und Kontakt: http://sozialmarie.org/projekte/ruckenwind__star_gazy_boat_project.2255.html

UNGARN: SIGN TV (BUDAPEST)

Sign TV is a unique initiation in Hungary. It is based on the rightful demand of the app. 60 000 deaf and hard hearing people to get informed on the news of the world and their own sub-culture, and to participate in social discourse in their own mother tongue, which is Hungarian sign language, and according to their own ways of thinking. Sign TV is operated by deaf and hard hearing volunteers and sign language interpreters who are trained and supported by our Foundation to become able to make and publish high quality motion picture materials.

Projektbeschreibung und Kontakt: http://sozialmarie.org/projekte/sign_tv.2252.html

Abspecken statt wachsen!

Von Ariane Rüdiger

Niko Paech gehört zu den profiliertesten Kritikern des herrschenden Wachstumsparadigmas in Deutschland. Nun hat er ein kleines Buch vorgelegt, in dem er sein Gedankengebäude so darzulegen versucht, dass es jedem einleuchtet.

Wachstum oder nicht, das ist hier die Frage. Oder nicht? Momentan könnte man angesichts des nahezu hysterischen Blicks auf alle verfügbaren Wachstumsdaten den Eindruck gewinnen, diese Frage wäre schon längst entschieden – pro Wachstum, damit die Schulden getilgt werden können. Doch es gibt noch immer genügend Kritiker, die die ganze Vorstellung immerwährenden industrie- oder dienstleistungsgetriebenen Wachstums, schon ganz und gar ohne zunehmenden Umweltverbrauch, rigoros in Zweifel ziehen.

Niko Paech, Gastprofessor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Universität Oldenburg, hat seine Ideen nun in einem handlichen Bändchen, erschienen im Ökom-Verlag, veröffentlicht. Paech beschreibt zunächst, warum man Produktion und Konsum neu denken muss, weshalb die Menschheit seiner Meinung nach schon seit Jahrhunderten weit über ihre Verhältnisse lebt und warum auch die Entkopplung industrieller Produktion von der Plünderung der Ressourcen der Erde zum Scheitern verurteilt ist.

Er kritisiert die Idee einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, die tatsächlich nur mit der immer weiteren Hochrüstung ihrer Teilnehmer mit allerlei technologischem Schnickschnack endet, dessen Betrieb zwar auch irgendwelches Wissen, aber vor allem Energie und Rohstoffe erfordert. Ausführlich diskutiert er den sogenannten Rebound-Effekt: die Aufzehrung erzielter Einsparungen beim einzelnen Objekt durch den Konsum

von um so mehr dieser sparsamen Objekte, und zwar in seinen verschiedenen Aspekten vom Finanzwesen bis zur Produktionstechnik und dem Konsum.

Den unvermeidlichen Rebound-Effekt im wachstumsgetriebenen Paradigma belegt Paech mit einem Rechenbeispiel, das leider als eine der wenigen Stellen im Buch zumindest Menschen, die rechnerisch ungeübt sind, nicht beim ersten Durchlesen einleuchten muss. Von seiner Kritik nimmt er auch ökologische Technologien nicht aus, sofern sie nicht andere, alte vollständig ersetzen und deshalb das Wachstum auf der einen Seite durch eine Schrumpfung auf der anderen ausgleichen.

Der moderne Mensch, das grenzenlose Wesen

Als einen der Ursprünge des Übels macht Paech die komplette Entgrenzung des Menschen aus, also seine Abkopplung von zeitlichen und räumlichen Limitierungen, die vor allem dem Ziel dient, alle Kreisläufe weiter zu beschleunigen und damit wo immer möglich, noch ein Quentchen Wachstum aus der Wirtschaft herauszuquetschen. In dem rastlosen, energieverwenderischen Unterwegs-Sein von Gütern und Menschen – vom Tourismus bis zur Just-In-Time-Produktion, wo das Lager auf die Straße verlegt wird sieht er einen wesentlichen Motor der Wachstumsspirale.

Als Lösung fordert Paech die Wiederverwurzelung von Mensch und Produktion im Nahraum – betreffe dies nun Beruf oder Freizeit – und die Stärkung lokaler Wirtschaftskreislauf sowie die Rückbesinnung auf die Bedürfnisse von Menschen statt von Märkten. Eigenarbeit, Reparaturen, lange Nutzung gekaufter Güter sollen Konsum partiell ersetzen. Während heute die bezahlte Vollzeitarbeit als Maß der Dinge gelte, werde in einer tatsächlich nachhaltigen Gesellschaft bezahlte Arbeit im Industriesystem und seinen Dienstleistungs-Anhängseln wegen schrumpfender Güternachfrage auf etwa die Hälfte der Arbeitszeit sinken – da man den Rest in Eigenarbeit erbringe, sei dies nun im Garten oder bei sozialen Aufgaben, mache das auch nichts aus, da man ja nicht mehr so viel kaufen müsse. Abschaffen möchte Paech die Industrie nicht vollständig, und auch die Globalisierung soll nur erheblich zurückgedreht werden, aber nicht vollständig verschwinden. Bananen darf es also auch in Paechs Zukunftswelt ab und zu geben, wenn auch viel teurer, da der Konsument selbstredend den gesamten Umweltschaden von Anbau und Transport mit bezahlen muss (und deswegen vielleicht auf den Konsum der Früchte verzichten wird).

Umsetzung schleierhaft

Was in Paechs Vision fehlt, ist die Umsetzung dieser Pläne. Denn es ist ja nicht so, dass die Gesellschaften der Vergangenheit ohne „Energiesklaven“ gelebt hätten. Vielmehr war ein großer Teil der Bevölkerung schon seit der Feudalisierung ziemlich rechtlos und damit beschäftigt, den Mächtigen die Dienste zu leisten, zu denen sich die hohen Herren und Damen nicht berufen fühlten.

Dafür gab es dann mal mehr, mal weniger Gegenleistung, und oft genug auch keine. Erst die Industrialisierung hat ja die Wohlstandspotentiale geschaffen, die weiten Kreisen den Abschied vom Dienstmädchen- oder Knechtsstatus und den Aufstieg zum gleichwertigen Bürger ermöglicht haben – freilich um den Preis der Ausplünderung der Umwelt weltweit und heute auch anderer Nationen, die für uns billig produzieren.

Wie man es im Einzelnen schaffen kann, zu verhindern, dass die aufgrund irgendwelcher Umstände Mächtigeren unter den Menschen allenthalben weder die Umwelt, noch die Mitmenschen ausplündern, ist ein bisher nicht gelöstes Rätsel und die eigentlich spannende Frage. Das immer weiter auseinanderklaffende Wohlstandsloch zwischen Arm und Reich auch in Industrieländern, Phänomene wie Landgrabbing oder die Neigung, „Dreckarbeit“ an Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe auszulagern, ermuntern hier nicht gerade zum Optimismus. Aber wer weiß, vielleicht entwickelt ja die Menschheit doch noch einen Weg, weltweit Ökologie und Humanismus zu vereinen, bevor alle Ressourcen aufgezehrt sind. Das wäre uns allen zu wünschen. ■

Grass, Deutsche Umweltstiftung und Antisemitismus

Die Judenhatz wird in Europa ein Stück mehr salonfähiger. Geistiger Neo-Ziehvater ist Günter Grass mit seinem antisemitischen Prosagedicht "Was gesagt werden muss". Und was dies mit meinem Austritt aus dem Beirat der Deutschen Umweltstiftung zu hat. Ein Kommentar von Christian Neugebauer

So habe ich am 5. April geschrieben. Mittlerweile dürften Transparenz und Moral der Deutschen Umweltstiftung verloren gegangen sein, denn es hat in ihr so gedacht. Doch dazu später mehr. Zuerst, was gesagt werden musste am 5. April, damit nachfolgend verstanden werden kann, wie es denkt in der Deutschen Umweltstiftung. Aber man kann den grün unterlegten Teil auch überspringen, denn die „Reaktionen“ der Stiftung sind kaum mehr an Kleingeist und Intransparenz zu überbieten:

„Was gesagt werden muss ist, dass es zur europäischen Tradition gehört, die Juden vor dem Pessach-Fest des Ritualmords anzuklagen. Früher waren es christliche Kinder, deren Blut die Juden angeblich zur Herstellung der Mazzen verwendeten, heute ist es das iranische Volk, das der jüdische Staat angeblich auslöschen will.

Was auch gesagt werden muss ist, dass Israel der einzige Staat auf der Welt ist, dessen Existenzrecht öffentlich angezweifelt wird. So war es schon am Tag seiner Gründung, und so ist es auch heute noch.

Wir wollen in Frieden mit unseren Nachbarn in der Region leben. Und wir sind nicht bereit, die Rolle zu übernehmen, die Günter Grass uns bei der Vergangenheitsbewältigung des deutschen Volkes zuweist.“ (Emmanuel Nahshon, Gesandter der Botschaft Israel in Deutschland)

Ja, was gesagt werden muss als Replik auf das Prosagedicht "Was gesagt werden muss" von Günter Grass, welches am 4. April u.a. in der Süddeutschen veröffentlicht worden ist. Grass hat ein antisemitisches Pamphlet geschrieben.

Grass aktuelle Reaktion, er fühle sich verletzt und meint weiter, man habe sich nicht mit den Inhalten auseinandergesetzt, was nicht stimmt, denn sowohl DER SPIEGEL als auch DIE WELT haben das Pamphlet einem Realitätscheck unterzogen. Fast nichts stimmt.

Für seine verletzten Gefühle, bekam Grass der Tage in der ARD "Tagesthemen" Zeit, um sein antisemitisches Pamphlet bis in den letzten, hintersten, finstersten Winkel vorzutragen.

Was, wenn morgen eine Synagoge brennt und Juden erschlagen werden? Verklärt und verbrämt als Tat zur Sicherung des Weltfriedens unter Berufung auf Grass sein Pamphlet?!

Immer breiter wird die Kritik und Ablehnung und sie zeigt Momentum: Aktuell spricht die Regierung Israel völlig zu Recht ein Einreiseverbot aus, Vertreter fast aller politischen Parteien distanzieren sich von Grass Prosagedicht. Intellektuelle wie Hochhuth, Gross oder Reich-Ranicki sezieren den Antisemitismus von Grass Gedicht, um nur einige wenige pars pro toto zu nennen. Schweigen ist keine Option.

meint als Stifter aus der facebook-Gruppe der Stifter lautlos, geräuschlos ausgeschlossen worden zu sein oder der Umwelticker nicht mehr mit Meldungen von Glocalist beliefert werden darf; lautlos, geräuschlos. Oder schließlich realisiert wird, dass man nicht mehr auf Hauptrepräsentanz der Deutschen Umweltstiftung auf facebook kommentieren kann.

Die Botschaft dürfte so sein, wer sich kritisch äußert und dem Vorsitzenden nicht passt, wird halt intransparent und heimlich und leise und geräuschlos ausgesperrt. Transparenz, die auf der facebook Seite als hoher Wert getrommelt wird, schaut anders aus.

Es stellt sich die Frage, nicht Behauptung, ob derartiges Verhalten nicht die Stiftung schädigt? Einer Stiftung, deren Idealen ich mich nach wie vor verbunden fühle und über die ich nach wie vor gerne berichte, denn es sind viele große wie kleine aber allesamt wichtige Persönlichkeiten und Unternehmen der Nachhaltigkeit dabei, die seit Jahrzehnten und mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit leben und die Themen nicht erst seit ein paar Jahren buchstabieren. Diesen gilt nicht meine Kritik und mein Vorwurf der Intransparenz.

In Summe bleibt ein schaler Nachgeschmack und es bleibt zu hoffen, dass die Deutsche Umweltstiftung wieder zu ihren Werten Transparenz und Dialogfähigkeit, und dazu gehört auch sich Kritik zu stellen, zurückfindet. Sogar Grass hat seinen Kritikern geantwortet.

Ein erster guter Schritt dazu wäre, wenn endlich die vollständigen Statuten der Stiftung als Download auf der Website zu finden sind. Am besten auch auf facebook, denn die „Freunde der Stiftung“ haben es verdient. ■

Tierschutz: EU-Kommission verstärkt Druck auf Mitgliedstaaten zur Einführung des Verbots der Sauenhaltung in Einzelbuchten

Die Kommission hat heute die die Mitgliedstaaten noch nachdrücklicher aufgefordert, die Einhaltung des Verbots der Sauenhaltung in Einzelbuchten ab dem 1. Januar 2013 sicherzustellen. Nach der Richtlinie 2008/120/EG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen müssen ab dem 1. Januar 2013 Sauen und Jungsau in allen Schweinehaltungsbetrieben, die mindestens zehn Sauen halten, etwa zweieinhalb Monate lang während ihrer Trächtigkeit in Gruppen gehalten werden. Somit werden die Schweine aus engen Einzelbuchten einer artgerechteren Haltung zugeführt.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/404&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Binnenmarkt: Kommission handelt, um die Umsetzung der EU-Vorschriften über E-Geld sicherzustellen

Belgien, Spanien, Frankreich, Polen, Portugal und Zypern wurden aufgefordert, der Europäischen Kommission innerhalb der nächsten zwei Monate die Maßnahmen mitzuteilen, die sie zur Anpassung ihrer nationalen Rechtsvorschriften an die neueste E-Geld-Richtlinie zu ergreifen gedenken. Die Richtlinie soll den Markteintritt sowie die Aufnahme und Ausübung der Geschäftstätigkeit von E-Geld-Instituten (Ausgabe von E-Geld) erleichtern. Diese Vorschriften sowie ihre Beaufsichtigung sind auf die Besonderheiten der E-Geld-Tätigkeiten und -märkte zugeschnitten.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/418&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Umweltpolitik: Kommission fordert Österreich zur Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften für Umweltverträglichkeitsprüfungen auf

Die Europäische Kommission fordert Österreich auf, seine nationalen Rechtsvorschriften für Umweltverträglichkeitsprüfungen mit den EU-Vorschriften in Einklang zu bringen. Die Kommission bemängelt, dass die potenziellen Umweltauswirkungen eines Projekts im Zusammenhang mit einer österreichischen Skipiste nicht wie im EU-Recht verlangt geprüft wurden. Auf Empfehlung von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik richtet die Kommission daher an Österreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Sollte innerhalb von zwei Monaten keine zufrieden stellende Antwort eingehen, so kann die Kommission den Gerichtshof der Europäischen Union mit dem Fall befassen.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/421&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommissionsbericht sieht Schwerpunktverlagerung von Krisenbewältigung im Finanzsektor hin zu längerfristigen Wachstumszielen

Laut Jahresbericht der Kommission über die Integration und Stabilität der Finanzmärkte hat sich die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors im Nachgang zur Finanzkrise verbessert, so dass sich die Maßnahmen trotz einiger noch bestehender Anfälligkeiten nun wieder auf längerfristige Wachstumsziele konzentrieren. Der European Financial Stability and Integration Report (EFSIR) soll heute auf einer gemeinsamen Konferenz mit der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt vorgestellt werden. Auf dieser Konferenz werden führende Vertreter aus Politik, Finanzwelt und Wissenschaft über die Stabilität und Integration der europäischen Finanzmärkte diskutieren.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/424&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

April 2012: Wirtschaftliche Einschätzung in EU unverändert und im Euroraum rückläufig

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) ist in der EU im April mit 93,2 Punkten stabil geblieben. Im Euroraum sank er um 1,7 Punkte (auf 92,8) deutlich ab, womit der im ersten Quartal 2012 verzeichnete Anstieg wieder zunichtegemacht wurde. Ausschlaggebend für den Rückgang im Euroraum war vor allem die nachlassende Zuversicht in Industrie und Dienstleistungssektor. Nur im Einzelhandel nahm das Vertrauen zu. Der positivere ESI-Wert für die EU spiegelt eine deutliche Verbesserung im Vereinigten Königreich wider. Sowohl in der EU als auch im Euroraum liegt der ESI nach wie vor weit unter seinem langfristigen Durchschnitt. In den meisten Mitgliedstaaten trübte sich die wirtschaftliche Einschätzung ein. Von den sieben größten Mitgliedstaaten entfiel der deutlichste ESI-Rückgang auf Italien (-5,7), gefolgt von Polen (-2,3), Spanien (-1,8) und Deutschland (-1,0). Weitgehend unverändert blieb der Indikator in Frankreich (-0,4), während er in den Niederlanden (+1,2) und insbesondere im Vereinigten Königreich (+4,2) anzog. Nur in Deutschland liegt der ESI weiterhin über seinem langfristigen Durchschnitt.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/425&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Stresstests bei Nuklearanlagen: Technischer Bericht verabschiedet, weitere Anlagenbesuche vereinbart

EU-Kommissar Günther Oettinger und Andrej Stritar, der Vorsitzende der Gruppe der europäischen Aufsichtsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG), begrüßten die heutige Verabschiedung des Stresstest-Berichts der ENSREG sowie die Vereinbarung, einige Sicherheitsaspekte genauer zu prüfen und in den kommenden Monaten zusätzliche Maßnahmen vorzuschlagen.

26. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/429&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Recht auf faires Verfahren: Vorschlag der Europäischen Kommission zum Recht auf Belehrung in Strafverfahren wird Gesetz

„Sie haben das Recht ... - über ihre Rechte belehrt zu werden“. Dies wird bald für alle, die in der EU festgenommen werden oder in Haft sind, Wirklichkeit werden. Die Justizminister der EU-Mitgliedstaaten haben heute auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine neue Richtlinie verabschiedet, die Verdächtigen und Beschuldigten das Recht auf Belehrung in Strafverfahren zuerkennt. Nach der „Richtlinie über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren“ müssen Personen, die einer Straftat verdächtigt werden, in einer ihnen verständlichen Sprache über ihre Rechte belehrt werden. Diese Maßnahme wird gewährleisten, dass in EU-Ländern jede Person, die festgenommen wird oder gegen die ein Europäischer Haftbefehl ergeht, eine Rechtsbelehrung, die so genannte Erklärung der Rechte, erhält, in der ihre grundlegenden Rechte in Strafverfahren aufgelistet sind. Sobald die neue Richtlinie in Kraft tritt (zwei Jahre nachdem sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurde, was innerhalb weniger Wochen geschehen dürfte), wird sie in den 27 EU-Mitgliedstaaten jährlich auf schätzungsweise 8 Millionen Strafverfahren anzuwenden sein. Gegenwärtig gibt es dieses Recht auf Belehrung nur in rund einem Drittel der Mitgliedstaaten.

27. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/430&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Digitale Agenda: Kommission beginnt öffentliche Konsultation zur Kostensenkung beim Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Internets

Das Hochgeschwindigkeits-Internet ist von grundlegender Bedeutung für alle Wirtschaftssektoren und das Rückgrat des künftigen digitalen Binnenmarktes. 10 % zusätzliche Breitbandverbindungen entsprechen einem Wirtschaftswachstum von 1 bis 1,5 %. Vor diesem Hintergrund bittet die Europäische Kommission um Meinungsäußerungen dazu, wie die Kosten der Einrichtung neuer Netze für das Hochgeschwindigkeits-Internet in der EU gesenkt werden können. Sie interessiert sich insbesondere für Vorschläge, wie die Kosten der Tiefbauarbeiten (z. B. Straßenbauarbeiten zur Verlegung von Glasfaserkabeln), die bis zu 80 % der Gesamtkosten ausmachen können, zu verringern sind. Nach Auffassung der Kommission könnten die Kosten der Breitbandinvestitionen um ein Viertel reduziert werden. Alle interessierten Kreise des öffentlichen und des privaten Sektors, u. a. Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen, Investoren, Behörden und Verbraucher, sind aufgefordert, sich zu äußern.

27. APRIL 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/434&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Galileo: Innovationsschub durch Satelliten-Start im September

Der zweite Start von zwei Satelliten im Rahmen des Programms Galileo wurde für den 28. September 2012 bestätigt. Die entstehende Mini-Konstellation aus vier Satelliten ermöglicht eine Funktionsprüfung der ausgedehnten Galileo-Infrastruktur. Daher können europäische Unternehmen nun auch mit der Entwicklung und den Tests innovativer Produkte beginnen, die auf den Satellitennavigationssignalen von Galileo beruhen. Die heutige Ankündigung durch den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Antonio Tajani und den Vorstandsvorsitzenden von Arianespace Jean-Yves Le Gall in Gegenwart von Spitzenvertretern der in das Programm eingebundenen Unternehmen wurde mit der Europäischen Weltraumorganisation abgestimmt. Der Aufbau des Systems schreitet planmäßig voran. Für das Jahr 2013 sind häufigere Starts vorgesehen, die alle vom Weltraumbahnhof der EU in Französisch-Guayana erfolgen.

2. MAI 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/442&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Digitale Agenda: Neue Strategie für ein sicheres Internet und bessere Online-Inhalte für Kinder und Jugendliche

Die Kommission hat einen Plan vorgestellt, um Kindern die digitalen Fähigkeiten und Werkzeuge an die Hand zu geben, die sie brauchen, um sich die digitale Welt auf sichere Weise voll zu erschließen. Das Internet wurde zwar nicht mit Blick auf Kinder geschaffen, aber 75 % der Kinder nutzen es heute, davon jedes Dritte mit einem mobilen Gerät. Die neue Strategie besteht darin, den Markt für interaktive, kreative und edukative Online-Inhalte in einer Partnerschaft zwischen Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten, Mobilfunkbetreibern, Geräteherstellern und Anbietern sozialer Netze gemeinsam aufzubauen.

2. MAI 2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/445&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Haushaltsentwurf 2013: Investition in Wachstum und Arbeitsplätze

25. APRIL 2012

Mit ihrem heute vorgelegten Entwurf des EU-Haushalts 2013 knüpft die Kommission an die wiederholten Erklärungen des Europäischen Rates an, denen zufolge Wachstum und Arbeitsplätze in der EU nur möglich sind, wenn Haushaltskonsolidierung und Investition in künftiges Wachstum miteinander kombiniert werden.

Der EU-Haushaltsplan bildet insofern eine sinnvolle Ergänzung der einschlägigen Bemühungen der Mitgliedstaaten, als die Investitionen auf die in der EU-Wachstumsstrategie Europa 2020 festgelegten vorrangigen Bereiche konzentriert, zugleich aber auch die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Druck auf die nationalen Haushalte berücksichtigt werden. Der Entwurf des Haushalts 2013 sieht vor, den Zuwachs an Mitteln für Verpflichtungen (d.h. die Zahlungen von morgen) auf die Inflationsrate (2,0 %) zu beschränken. Außerdem soll der Verwaltungshaushalt der Kommission in deutlich geringerem Maße wachsen als die Inflation und der Personalbestand der Kommission soll um 1 % verringert werden – der erste Schritt auf dem Weg zu einem Personalabbau um 5 % über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Die Mittel für Zahlungen hingegen sollen um 6,8 % angehoben werden. Dies trägt unmittelbar zu Wachstum und Arbeitsplätzen in

Europa bei. Der EU-Haushalt muss den vertraglichen Verpflichtungen dieses Jahres und der vergangenen Jahre gegenüber den Mitgliedstaaten und anderen Beteiligten gerecht werden.

Für die Unterstützung eines der **Schaffung von Arbeitsplätzen förderlichen Wachstums** in Europa sind Mittel für Zahlungen in Höhe von 62,5 Mrd. EUR vorgesehen. Besondere Anstrengungen wurden in Bezug auf die Forschungsrahmenprogramme (9,0 Mrd. EUR, Zuwachs um 28,1 % gegenüber 2012), das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (546,4 Mrd. EUR, Zuwachs um 47,8 %), die Struktur- und den Kohäsionsfonds (49 Mrd. EUR, Zuwachs um 11,7 %) sowie das Programm für lebenslanges Lernen (1,2 Mrd. EUR, Zuwachs um 15,8 %) unternommen.

„Wir pflichten der in früheren Schlussfolgerungen des Europäischen Rates enthaltenen Forderung, die EU-Mittel besser zu verwenden, damit Europa aus der Krise herauskommt, in vollem Umfang bei,“ erklärte Janusz Lewandowski, das für Haushalt und Finanzplanung zuständige Mitglied der Kommission. „Unter den derzeitigen Umständen sind die Haushalte der Mitgliedstaaten und der EU-Haushalt mehr denn je als komplementär anzusehen: Während die Mitgliedstaaten schmerzliche, aber notwendige Ein-

schnitte vornehmen müssen, konzentriert sich der EU-Haushalt auf Investitionen und fungiert damit als Anti-Krisen-Paket.

Kürzungen allein werden uns nicht wieder auf Wachstumskurs bringen – Europa tut gut daran, heute in seine Zukunft zu investieren. Dafür ist der EU-Haushalt da und darum geht es in unserem Haushaltsentwurf 2013.“

Einsparungen und Kosteneffizienz

Durch Kürzungen allein kommen wir nicht aus der Krise heraus, aber das Gegenteil ist auch wahr – wir brauchen Investitionen. Daher liegt ein Schwerpunkt des Entwurfs des Haushalts 2013 auf Einsparungen und Kosteneffizienz.

Da sich Zahlungen aus zuvor eingegangenen Verpflichtungen ergeben und um in künftigen EU-Haushalten einen starken Anstieg der Zahlungen zu vermeiden, schlägt die Kommission vor, die Mittel für Verpflichtungen nur geringfügig (2 %) anzuheben, höchstens aber in Höhe der derzeitigen Inflationsrate. Die geplanten Aufstockungen sind zudem ausschließlich auf Wachstum und Arbeitsplätze ausgerichtet.

Die Haushaltslinien für Programme, die keine greifbaren Wirkungen entfalten, wurden gekürzt, und sämtliche EU-Organe und Einrichtungen wurden zu Einsparungen gedrängt, wo immer dies möglich war. Bei den meisten EU-Agenturen wird der Jahreshaushalt real gekürzt.

„Die allermeisten Menschen in der gesamten EU spüren jeden Tag die schmerzlichen Auswirkungen der Krise, da der Staat auf allen Ebenen – national, regional und lokal – Einschnitte vornehmen muss,“ so Janusz Lewandowski. „Daher wäre es auch schlicht und einfach nicht hinnehmbar, wenn die EU-Organe „Business as usual“ betreiben und nicht auf die neuen Kompetenzen zurückgreifen würden, die ihnen durch den Vertrag von Lissabon übertragen wurden. Zugleich ist es aber sinnvoll, Mittel von Programmen, die die Erwartungen nicht erfüllen, auf vorrangige Bereiche wie kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Jugend und Beschäftigung umzuschichten.“

Eckdaten

Der Haushaltsentwurf 2013 sieht einen Gesamtbetrag von 150,9 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen vor, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um 2 % – also in Höhe der Inflationsrate – bedeutet. Die Mittel für Zahlungen belaufen sich auf 137,9 Mrd. EUR, ein Zuwachs von 6,8 %,

der sich zwangsläufig aus zuvor eingegangenen Verpflichtungen ergibt.

„Die Menschen wundern sich zu Recht darüber, dass wir in diesen Zeiten der Krise bei den Mitteln für Zahlungen einen Anstieg um 6,8 % beantragen,“ erklärt Janusz Lewandowski. „Aber dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist 2013 das letzte Jahr des laufenden Finanzplanungszeitraums, und jedes letzte Jahr eines solchen Zeitraums ist durch einen starken Anstieg der Zahlungen gekennzeichnet, da von der EU geförderte Projekte in ganz Europa abgeschlossen werden: Die Brücken, Eisenbahnstrecken und Autobahnen wurden zum Wohle Aller errichtet, und jetzt müssen wir sie auch bezahlen. Zum anderen haben die Mitgliedstaaten im Rat und das Europäische Parlament in den letzten Jahren EU-Haushaltspläne beschlossen, die erheblich unter unserem geschätzten Bedarf an Mitteln für Zahlungen lagen. In einer Art Schneeballeffekt kam es so dazu, dass Rechnungen nicht bezahlt wurden, da wir aufgrund fehlender Mittel alljährlich einige unserer rechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen konnten. Wenn Sie Ihre Strom- oder Wasserrechnung bekommen, müssen Sie sie bezahlen, auch wenn Sie sparen wollen ...“

Anmerkung: In den Zahlen des Haushaltsentwurfs sind die Kosten des Beitritts von Kroatien zur EU im Juli 2013 (Anspruch auf EU-Mittel) noch nicht berücksichtigt.

Wie geht es weiter?

Der EU-Haushalt wird vom Rat und vom Europäischen Parlament angenommen.

Zuerst gibt der Rat seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans bekannt (Juli 2012) und dann das Parlament. Vertreten diese beiden Organe unterschiedliche Auffassungen, wird ein Vermittlungsverfahren eingeleitet, das bis zu 21 Tage dauern kann.

Weitere Informationen:

Homepage des Kommissars für Finanzplanung und Haushalt, Janusz Lewandowski:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/lewandowski/index_de.htm

Homepage der GD Haushalt:

http://ec.europa.eu/budget/index_de.cfm

Vermögende für Vermögensabgabe,.. und OECD auch

Das der Tage vorgestellte Memorandum 2012 der Arbeitsgruppe alternativer Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) sieht eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 20% vor, verteilt auf 10 Jahre Laufzeit zu je 2 % (s.h. in der vorliegenden Ausgabe des Glocalist Review „Dokumentenspeicher“).

Sie soll ca. 300 Mrd. Euro erzielen und in einen Fond zur Schuldentilgung von Bund, Ländern und Kommunen fließen. Zudem wird die Wieder-einführung der 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer gefordert.

Auch die OECD rät der Bundesregierung, Vermögen höher zu besteuern. Und die renommierte US Unternehmensberatung Boston Consulting Group empfiehlt in Ihrer Studie „Back to Mesopotamia“ eine europaweite solidarisch ausgestaltete 30%ige Vermögensabgabe.

„Seit Abschaffung der Vermögenssteuer 1997 treibt die Politik mit ihren Steuersenkungen für Vermögende die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander mit der Folge zunehmender Probleme in fast allen gesellschaftlichen Bereichen“, stellt Peter Vollmer, einer der Sprecher der Initiative fest.

Die Initiative Vermögender fordert in ihrem eigenen Appell von 2009, den inzwischen 60 Personen unterzeichnet haben, eine 10 prozentige Abgabe, verteilt auf 2 Jahre. Die Erträge sollen im Rahmen eines Konjunkturprogramms in Bildung, Gesundheit und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme fließen sowie dem notwendigen ökologischen Umbau

der Wirtschaft dienen. Anschließend soll die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden.

„Vor 3 Jahren waren wir nahezu die einzigen, die eine solche Abgabe forderten und wurden z.T. nicht ernst genommen“, so der Arzt Dieter Lehmkuhl, Mitinitiator der Initiative. „Die Forderung nach höherer Besteuerung der Vermögen bzw. einer Abgabe wird inzwischen von immer mehr Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen auch jenseits herkömmlicher politischer Zuordnungen geteilt. Das zeigt, wie in der Krise alte Denkmuster erschüttert werden.“

Die geforderte Abgabe auf hohe Vermögen würde lediglich die durch die Aussetzung der Vermögenssteuer seit 1997 dem Staat entgangenen Einnahmen kompensieren und den deutschen Sonderweg in EU und OECD, Vermögen extrem niedrig zu besteuern, beenden. Während in Deutschland nur 0,9% des BIP an Besitzsteuern bezahlt werden, beträgt der Durchschnitt der EU - Länder mit 2,1 % mehr als das Doppelte. ■

MEMORANDUM 2012

Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat

Inhaltsverzeichnis

1. **Konjunktur, Arbeitsmarkt und „Schuldenbremse“: gravierende Fehlentwicklungen**
 - 1.1 Zwischen Stagnation und Rezession
 - 1.2 Prekärer Aufschwung am Arbeitsmarkt
 - 1.3 „Schuldenbremse“ führt zum Sparzwang
 2. **Zunehmende Verteilungsprobleme**
 3. **Epizentrum Finanzmärkte und ungelöstes Eurochaos**
 4. **Alternative Wirtschaftspolitik**
 - 4.1 Öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm starten
 - 4.2 Öffentlichen Sektor stärken – Beispiele Bildung und soziale Dienstleistungen
 - 4.3 Gute Arbeit schaffen
 - 4.4 Finanzsektor regulieren und Ursachen der Finanzmarktkrise eindämmen
 - 4.5 Steuereinnahmen erhöhen – für eine nachhaltige Finanzierung öffentlicher Ausgaben
-

Kurzfassung

1. **Konjunktur, Arbeitsmarkt und „Schuldenbremse“: gravierende Fehlentwicklungen**

1.1 Zwischen Stagnation und Rezession

Überrascht vom schnell einsetzenden und vor allem unerwartet kräftigen Aufschwung nach der Weltwirtschaftskrise, hatten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute bis zur Mitte des vergangenen Jahres ihre zunächst pessimistischen Wachstumsprognosen revidiert. Am Ende beliefen sich die Wachstumsprognosen für 2011 auf bis zu vier Prozent. Auch 2012 sollte sich der Aufschwung nach den Prognosen der meisten Institute weiter fortsetzen. Für dieses Jahr wurde – etwa in der Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr 2011 – ein weiteres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von zwei Prozent prognostiziert. Damit unterstützen die Institute die zweckoptimistische Einschätzung des ehemaligen Wirtschaftsministers Brüderle, der Deutschland bereits im Herbst 2010 einen anhaltenden XXL-Aufschwung bescheinigte.

Von der herrschenden Politik wurden derartige positive Zukunftseinschätzungen gerne aufgegriffen und weiter bestärkt, bestätigten sie doch die verfolgte Richtung eines grundsätzlichen „Weiter so!“. So konnten auch Debatten um die Wachstumsschwäche Deutschlands in der Zeit von 2000 bis 2005, also vor der Krise, erstickt werden. Inzwischen deutet sich aber schon wieder eine gesamtwirtschaftliche Abkühlung an. Die Institute erwarten für 2012 nur noch eine Zunahme des BIP von 0,9 Prozent bis zu einer Abnahme von 0,1 Prozent. In Worst-Case-Szenarien wird auch ein noch erheblich stärkerer Einbruch nicht ausgeschlossen.

Die starke Exportorientierung macht die deutsche Ökonomie extrem abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in anderen Ländern. Die Weltwirtschaftskrise 2009 hatte Deutschland deshalb besonders stark getroffen. Auch die schnelle Erholung nach der Krise ist nicht ohne die wirtschaftliche Belebung in vielen Staaten zu verstehen. Jetzt ist es vor allem die Krise in der Eurozone, die die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland eintrübt. Sogar eine Rezession ist nicht auszuschließen. Die zurückhaltende Reallohnentwicklung und die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland sind maßgeblich für die derzeitige Situation verant-

wortlich. In der Vergangenheit hatte beides erheblich zur Stärkung der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft beigetragen; parallel dazu wurde die Binnenwirtschaft geschwächt.

Wie ausführlich in den MEMORANDEN der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* der letzten Jahre dargelegt, ist die Exportorientierung in Deutschland für die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mitverantwortlich. Zwischen 2000 und 2011 stieg der reale Warenexport Deutschlands um rund 78 Prozent. 2011 erreichte er ein Volumen von 1,06 Billionen Euro. Im gleichen Zeitraum legte das reale Bruttoinlandsprodukt nur um knapp 13 Prozent zu. Warenexporte sind dabei ein Merkmal zunehmender internationaler Arbeitsteilung und wachsender wirtschaftlicher Verflechtung. Sie sind für sich genommen noch kein Problem. Höchst problematisch wird es allerdings, wenn ein Land ständig mehr Waren und Dienstleistungen aus- als einführt. Einem solchen Exportüberschuss steht spiegelbildlich das gleich große Defizit anderer Staaten gegenüber. Seit der Einführung des Euro weist Deutschland einen erheblichen Überschuss auf, der sich seit 2002 in jedem Jahr auf mehr als 80 Milliarden Euro beläuft. 2011 betrug der Überschuss sogar ca. 133 Milliarden Euro. Dieser permanente Überschuss bedeutet, dass Deutschland über einen

längeren Zeitraum gesamtwirtschaftlich nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen gelebt hat.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse bedingen eine Verschuldung der Staaten, gegenüber denen Deutschland Exportüberschüsse erzielt. So kommt es zwischen den Ländern zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Die Staaten mit Importüberschüssen müssen sich immer stärker bei den Exportüberschussländern verschulden. Im Jahr 2010 betrug allein die Nettoforderungen der deutschen Banken gegenüber dem Ausland (Banken und Nichtbanken) 960 Milliarden Euro.

Die Abkehr von der Exportorientierung und der damit verbundenen Erzielung hoher Leistungsbilanzüberschüsse ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der europäischen Krise. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht dies aber dezidiert anders. Bereits im März 2009 formulierte sie die Leitlinien ihrer Politik, an denen sie bis heute festhält: „Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist, dass das Land Exportweltmeister bleibt.“

Entsprechend der vorherrschenden Ideologie wurde die positive Entwicklung der Jahre 2010 und 2011 vor allem mit der internationalen



Wettbewerbsfähigkeit, der grundsätzlich „gesunden“ wirtschaftlichen Basis und der Leistungsstärke der deutschen Ökonomie in Verbindung gebracht. Diese Interpretation verhindert, die Grenzen dieser Entwicklung zu erkennen. Die Wachstumsstärke der vergangenen beiden Jahre wäre ohne die nationalen wie internationalen Konjunkturprogramme undenkbar gewesen. Es wird langfristig auch kaum möglich sein, ständig wachsende Exportüberschüsse zu erzielen. Als Wachstumstreiber sind solche Überschüsse – wie die Krise 2009 gezeigt hat und wie die aktuelle Entwicklung zu zeigen droht – mit erheblichen Risiken behaftet. Eine Kompensation der außenwirtschaftlichen Impulse kann nur in einer Stärkung der Binnennachfrage liegen, da der

Außenhandel als Wachstumstreiber aufgrund der international aufgelaufenen Verschuldungssituation tendenziell nicht mehr wie in der Zeit vor der Krise zur Verfügung steht.

Für eine derartige Kompensation wurden bislang allerdings nicht die richtigen Weichen gestellt. Statt Maßnahmen zu ergreifen, die die Binnennachfrage stärken, wurde über lange Zeit das Gegenteil getan. Statt etwa einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einzuführen, den öffentlichen Dienst zur beispielgebenden „Lohnlokomotive“ zu machen und die Lohnbremsen der Agenda 2010 zu korrigieren, wurden umfassende Kürzungspakete – euphemistisch als „Sparpakete“ bezeichnet – geschnürt, die die Binnennachfrage weiter unter Druck setzen. Damit aber nicht genug: Die so ausgestaltete deutsche Wirtschaftspolitik wird inzwischen als Vorbild für die gesamte Europäische Union gepriesen.

Dies ist ein unverantwortliches und auch ökonomisch nicht haltbares Handeln. Sollte Deutschland als größte Volkswirtschaft in der EU weiter den Weg einer schwachen Lohnentwicklung gehen und damit hinsichtlich des Anstiegs der Lohnstückkosten das Schlusslicht innerhalb der Union bleiben, so würden die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten wie Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Frankreich dauerhaft nicht in der Lage sein, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Sie müssten dann, da in der Währungsunion keine Abwertungen zur Korrektur der Wechselkurse möglich sind, ihre Lohnstückkosten deutlich senken. Das ginge kurzfristig nur durch massive Lohnsenkungen. In der Folge würden dann aber die Binnennachfrage und das Wachstum weiter einbrechen. Zudem würden unter solchen Bedingungen notwendige strukturelle Reformen extrem erschwert.

1.2 Prekärer Aufschwung am Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat in Deutschland im Jahr 2011 von einer ungewöhnlichen Konstellation profitiert: Das Wirtschaftswachstum war für bundesdeutsche Verhältnisse mit drei Prozent ausgesprochen hoch; die Produktivitätsentwicklung je Erwerbstätigenstunde blieb dagegen mit 1,3 Prozent recht schwach. Nach dem kräftigen Einbruch in der Krise 2009 hat sich die Produktivität damit noch längst nicht wieder erholt, obwohl das Brut-

landsprodukt wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat. Die Beschäftigungsschwelle liegt folglich relativ niedrig.

Angesichts der aus Beschäftigungssicht günstigen makroökonomischen Konstellation war der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 541.000 (1,3 Prozent) auf 41,09 Millionen eher gering. Außer Kalendereffekten im Jahr 2011 war die verlängerte Arbeitszeit dafür verantwortlich. Das Arbeitsvolumen stieg um 1,6 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 2,4 Prozent sogar stärker gestiegen als die Zahl der Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosenquote (der „registrierten Arbeitslosigkeit“) bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen betrug 2011 7,9 Prozent (2010: 8,6 Prozent). Das ist im Vergleich zu den letzten Jahren zwar ein deutlicher Rückgang, aber an der seit Mitte der 1970er-Jahre bestehenden Massenarbeitslosigkeit ändert es nichts.

Auch die Unterbeschäftigung nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist rückläufig. 2011 belief sie sich noch auf 4,152 Millionen Personen (ohne Kurzarbeit). Damit ist die Unterbeschäftigung stärker zurückgegangen als die „registrierte Arbeitslosigkeit“. Grund dafür ist der weitere Abbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diese entlastet den Arbeitsmarkt inzwischen kaum noch. Als Instrument zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit ist sie von der Politik inzwischen weitgehend aufgegeben worden.

Von einer Vollbeschäftigungssituation ist Deutschland mit 3,1 Millionen „registrierten Arbeitslosen“ bzw. 4,1 Millionen Unterbeschäftigten im Januar 2012 weit entfernt. Arbeitslosigkeit bleibt der größte soziale Missstand in diesem Land, zumal auch in den höheren Zahlen der Unterbeschäftigung nicht die gesamte Beschäftigungslücke erfasst wird. So fehlen alle Personen, die sich in der so genannten „Stillen Reserve“ befinden, sich also aus unterschiedlichen Gründen nicht als arbeitssuchend gemeldet haben, obwohl sie gerne arbeiten würden.

In der Zeit zwischen 2000 und 2011 hat es einen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen (abhängig Beschäftigte plus Selbstständige) von 39,4 Millionen auf 41,1 Millionen, also um 1,7 Millionen Erwerbstätige oder um 4,3 Prozent gegeben. Das ist der höchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik. Möglich wurde diese scheinbare

Erfolgsgeschichte aber nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unter prekären Bedingungen, wie sie durch die Hartz-Reformen erreicht wurde. Die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen ging von 1.471 Stunden (2000) auf 1.414 Stunden (2011) zurück, also um 3,9 Prozent.

Das gesamte Arbeitsvolumen aber nahm von 2000 bis 2011 nur marginal um 0,3 Prozent zu. So wurden im Jahr 2000 insgesamt 57,9 Milliarden Arbeitsstunden in Deutschland geleistet, 2011 waren es 58,1 Milliarden Stunden. Dahinter verbergen sich allerdings erhebliche konjunkturelle Bewegungen. Bis 2005 ging das Arbeitszeitvolumen massiv zurück und erreichte mit 55,8 Milliarden Stunden seinen bisher geringsten Wert. In den Aufschwungjahren 2006 bis 2008 und 2010/2011 stieg es dagegen an. Im Jahr 2011 war das Arbeitsvolumen erstmals größer als im Jahr 2000.

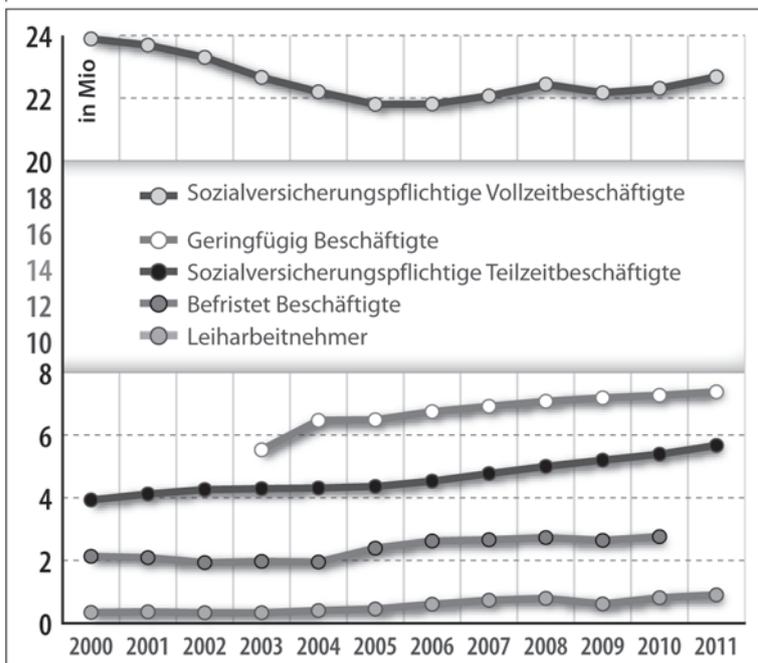
Die Prekarisierung der Erwerbsarbeit bleibt auch im Aufschwung das vorherrschende Problem auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Ein Aspekt ist dabei die wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten. Von 2000 bis 2011 hat die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 25,7 Millionen auf 23,9 Millionen oder um 7,0 Prozent abgenommen. Dagegen hat die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 9,6 Millionen auf 12,6 Millionen oder um 31 Prozent zugenommen. Von den Teilzeitbeschäftigten suchen dabei rund zwei Millionen – zumeist Frauen – eine Vollzeitstelle, finden bzw. bekommen aber keine. Die Prekarisierung zeigt sich jedoch auch bei den inzwischen 7,4 Millionen Mini-Jobs, die häufig mit Niedrigst- und Armutslöhnen verbunden sind. Inzwischen arbeiten 6,5 Millionen abhängig Beschäftigte oder jede bzw. jeder Fünfte für Niedriglöhne unter 8,50 Euro brutto je Stunde. Gut eine Million Beschäftigte bekommen sogar einen Bruttostundenlohn von weniger als fünf Euro. Im Jahr 2010 gab es rund 1,4 Millionen Menschen in Deutschland, deren zu geringes Arbeitseinkommen durch Hartz IV aufgestockt werden musste. Das waren 4,4 Prozent mehr als 2009,

4,7 Prozent mehr als 2008 und 13,5 Prozent mehr als 2007. Zudem haben Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen die Einkommen und Lebensperspektiven massiv verschlechtert. Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag basiert inzwischen auf einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Die stark ansteigende Zahl von Selbstständigen um mehr als zehn Prozent zwischen 2000 und 2011 ist wesentlich auf eine wachsende Zahl von Einzelunternehmern mit dem Status von „Scheinselbstständigen“ zurückzuführen.

Obwohl der Arbeitsmarkt nach wie vor durch Massenarbeitslosigkeit geprägt ist, wird von Arbeitgeberseite mit Unterstützung aus Politik, Wissenschaft und Medien eine breite Debatte über fehlende Fachkräfte geführt. Ausgehend von Problemen der Arbeitgeber, in einzelnen Teilarbeitsmärkten (regional und nach Qualifikationen) freie Stellen zu besetzen, wird auf einen allgemeinen Fachkräftemangel geschlossen. Defizite auf Teilarbeitsmärkten lassen sich beispielsweise durch Qualifikationsmaßnahmen – hier sind klagende Unternehmen oft selbst in der Verantwortung – beheben. Für einen allgemeinen Fachkräftemangel gibt es dagegen keine wissenschaftlichen Befunde. So widerlegte das Deutsche Institut für

Abhängig Beschäftigte in atypischen Erwerbsformen 2000 bis 2011



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2011), Beschäftigtenstatistik, Statistisches Bundesamt (2011), Arbeitstabellen Microzensus

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2012

Wirtschaftsforschung (DIW) empirisch die Behauptung, es gebe einen akuten und umfassenden Fachkräftemangel. Auch die Bundesagentur für Arbeit kommt zu einem negativen Ergebnis: „Die Entwicklung der Vakanzzeit und die Relation von Arbeitslosigkeit zu gemeldetem Stellenangebot in 2011 erlauben es nicht, von einem generellen Fachkräftemangel zu sprechen. Auf 100 gemeldete Stellen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse kamen immer noch 689 Arbeitslose.“ Zudem weisen die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels nicht auf einen besonderen Fachkräftemangel hin. Darüber hinaus spricht die aktuelle Lohnentwicklung eindeutig dagegen. Läge an den Arbeitsmärkten tatsächlich eine Verknappung vor, so müsste ein entsprechend starker Lohnanstieg festzustellen sein. Dies ist aber nicht der Fall.

1.3 „Schuldenbremse“ führt zum Sparzwang

Die im Juni 2009 ins Grundgesetz geschriebene „Schuldenbremse“ ist ein großer wirtschaftspolitischer Fehler. Diese „Schuldenbremse“ zwingt den Bund und die Länder unter der Voraussetzung nicht steigender Steuereinnahmen zum Abbau von Staatsausgaben, insbesondere bei den Beschäftigten bzw. Personalaufwendungen und im Sozialbereich. Von einer solchen Kürzungspolitik sind auch die Kommunen betroffen. Der Bund muss bis 2016 das Ziel einer Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme auf 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts erreicht haben. Den Bundesländern und in der Folge den Kommunen ist es darüber hinaus ab 2020 verboten, überhaupt noch Kredite aufzunehmen. Ein Stabilitätsrat aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Länder soll die Einhaltung der Konsolidierungsregeln überwachen.

Eine über den Abbau von Staatsausgaben erfolgreiche Einhaltung der „Schuldenbremse“ wird die binnenwirtschaftliche Nachfrage reduzieren. Der Einsatz der „Schuldenbremse“ erwies sich im Übrigen selbst unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung als völlig ineffizient. Massive Sparmaßnahmen würden mittel- und unmittelbar erhebliche Nachfrage- und damit fiskalische Einnahmeverluste nach sich ziehen. Die in den Artikeln 109 und 115 des Grundgesetzes verankerten Ausnahmeregelungen von der

„Schuldenbremse“ würden permanent wirksam werden; die Ausnahme würde zur Regel. Letztlich lägen die realisierten staatlichen Defizitquoten trotz oder besser wegen der „Schuldenbremse“ mittel- und langfristig höher als ohne sie. In der Folge und in Kombination mit dem erheblich niedrigeren Niveau des nominalen Bruttoinlandsprodukts wäre in diesem Fall auch mit einem erheblichen Anstieg der Bruttostaatsschuldenquote zu rechnen, die heute bei gut 80 Prozent liegt. Darüber hinaus verhindert die „Schuldenbremse“ die Finanzierung langfristiger Zukunftsinvestitionen, die nachfolgenden Generationen zugute kommen. Die „Schuldenbremse“ wird auch nicht dazu beitragen, über sinkende Zinssätze die privaten Investitionen zu stärken, im Gegenteil: Da durch den Abbau von Staatsausgaben die binnenwirtschaftliche Nachfrage reduziert wird, ist eher mit einem Rückgang der Investitionen zu rechnen. Auch wachsende Exportüberschüsse sind auf Dauer kein Ausweg.

Alles in allem ist die „Schuldenbremse“ ökonomisch und fiskalisch unsinnig und schädlich. Sie ist letztlich nichts anderes als der Ausdruck des unveränderten neoliberalen Marktfundamentalismus. Ihre Einführung demonstriert, dass defizitfinanzierte Staatsausgaben nicht als ein reguläres und legitimes wirtschaftspolitisches Instrument akzeptiert werden.

Die im Grundgesetz implementierte „Schuldenbremse“ ist härter ausgestaltet als die in der Vergangenheit von der Bundesrepublik mehrfach verfehlten EU-Stabilitätskriterien, die die Nettokreditaufnahme auf drei Prozent und die Gesamtschulden auf 60 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Die in der Verfassung dabei vorgesehene konjunkturelle Komponente ist unpräzise und wirkt tendenziell prozyklisch. Im Abschwung verschlechtert die „Schuldenbremse“ daher die Handlungsfähigkeit zum entschiedenen konjunkturellen Gegensteuern.

Um finanzschwachen Bundesländern in Deutschland die Anpassung an die Nullverschuldung zu erleichtern, werden zwischen 2011 und 2019 insgesamt 7,2 Milliarden Euro an Finanzmitteln (jährlich 800 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt. Etliche Bundesländer werden nach Auslaufen dieser Hilfen im Jahr 2020 jedoch nicht in der Lage sein, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Vor diesem Hintergrund ist bereits

heute abzusehen, dass das gesamte Vorhaben der „Schuldenbremse“ kläglich scheitern, aber bis dahin viel Unheil anrichten wird.

2. Zunehmende Verteilungsprobleme

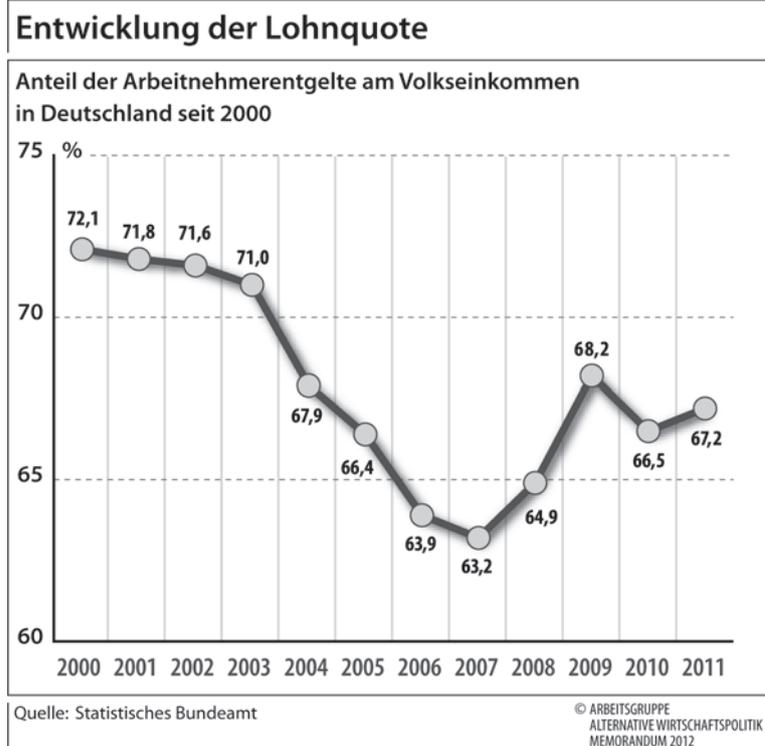
Die Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit ist eine wesentliche Grundkonstante der deutschen (Wirtschafts-)Politik. Sie hatte bereits in den 1980er-Jahren mit der Standortdebatte ihren Ausgangspunkt. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, dem Maastricht-Vertrag, der Einführung des Euro und der Agenda 2010 wurde diese Grundausrichtung in den letzten Dekaden weiter verschärft. Instrumente dafür sind: die Senkung von Steuern und Abgaben, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Zugleich wurden die Gewerkschaften von den einzelnen Regierungen mehr oder weniger deutlich dazu aufgefordert, auf erhebliche Lohnerhöhungen zu verzichten, um somit vermeintlich für mehr Beschäftigung zu sorgen. Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten wurden mit der Begründung eingeschränkt, mehr Flexibilität (für die Arbeitgeber) auf dem Arbeitsmarkt ermuntere die Unternehmer, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Die politisch gewünschte Lohnmäßigung und das Mehr an Flexibilität (für die Unternehmer) hatte gravierende verteilungspolitische Folgen: Unternehmen sowie Gutverdienerinnen und Gutverdiener wurden begünstigt, Beschäftigte, Arbeitslose sowie Transferempfängerinnen und -empfänger wurden und werden weiter belastet. Die internationale Standortkonkurrenz und die Renditekonkurrenz der Finanzmärkte begünstigte weiter steigende Gewinne. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betragen 644 Milliarden Euro im Jahr 2011. Sie sind damit seit dem Jahr 2000 um 49,9 Prozent gestiegen. Dagegen wuchsen die Arbeitentgelte lediglich um 18,8 Prozent. Nach dem neoklas-

sischen Lehrbuch müsste ein solcher Gewinnanstieg zu mehr Investitionen und damit zu Wachstum und Arbeitsplätzen führen. Tatsächlich ist der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt von 21,5 Prozent im Jahr 2000 auf 18,2 Prozent im Jahr 2011 gesunken.

Die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich in der Entwicklung der Gewinn- und Lohnquoten. Von 2000 bis 2007 hat es einen dramatischen Absturz der Lohnquote gegeben. In der Krise stieg sie wieder etwas an – denn Gewinne „reagieren“ schneller auf eine Krise als Löhne, was automatisch zu einem statistischen Anstieg der Lohnquote führt. Trotzdem blieb der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen vergleichsweise groß: Auf dem Krisentiefpunkt 2009 lag er immer noch höher als 2003. Eine Trendumkehr bei der Verteilung ist deshalb aus der Entwicklung der Verteilungsrelation seit 2008 nicht zu erkennen.

Die schwache Entwicklung der Lohnquote hat verschiedene Ursachen. Da in die Quote die Lohnsumme einfließt, spielt erstens die Beschäftigungsentwicklung eine Rolle. Das über viele Jahre sinkende Arbeitsvolumen, das von 2000 bis 2011 faktisch stagnierte, hat den Anstieg der Lohnsumme begrenzt.



Zweitens ist es den Gewerkschaften unter den oben beschriebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer seltener gelungen, Tarifabschlüsse zu vereinbaren, die den kosten- und verteilungsneutralen Spielraum ausschöpfen. Dieser so genannte verteilungsneutrale Spielraum zeigt, um wie viel Prozent die Löhne steigen können, ohne die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital und Arbeit zu verändern. Der verteilungsneutrale Spielraum setzt sich aus dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und der Preisentwicklung der privaten Konsumausgaben zusammen. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2007 lagen die Tarifabschlüsse um 1,1 Prozent unter dem neutralen Verteilungsspielraum.

Der dritte Einflussfaktor sind die zurückbleibenden Effektivlöhne. Bei einer abnehmenden Tarifbindung der Beschäftigten und einer massiven Deregulierung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes kommt es zu einer negativen Lohndrift. Die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter weichen immer stärker von den tariflich vereinbarten ab. Sinkende bzw. stagnierende Löhne erhöhen aber auch die Gewinnspannen der Unternehmen.

Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind jedoch nicht nur in der Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit die Gewinner. Im Gegensatz zu den Einkommen abhängig Beschäftigter wurden sie durch massive Steuersenkungen seit den 1990er-Jahren erheblich begünstigt. So profitieren sie zusätzlich bei der Sekundärverteilung. Insbesondere hohe Einkommen und große Vermögen wurden deutlich entlastet. Bis 1989 betrug der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer 56 Prozent, bis 1998 noch 53 Prozent. Heute liegt er bei 42 Prozent (aktuell bei 45 Prozent für Einkommen ab 250.000 Euro pro Jahr) (jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag). Die Vermögensteuer wurde ausgesetzt, und Vergünstigungen bei der Erbschaftsteuer wurden eingeführt. Die Körperschaftsteuer, die von Kapitalgesellschaften zu entrichten ist, liegt jetzt nicht mehr bei 40, sondern bei 15 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Für Kapitaleinkünfte gilt nicht mehr der persönliche Steuersatz, sondern ein einheitlicher Satz von 25 Prozent, was faktisch dazu führt, dass Kapitaleinkünfte geringer besteuert werden als viele Arbeitseinkommen.

Aus Einkommen entsteht durch Sparen Vermögen. Aus hohen Einkommen entsteht Ver-

mögen, welches wiederum Kapitaleinkommen generiert. Das Nettovermögen (Vermögen nach Abzug aller Schulden) der privaten Haushalte in Deutschland belief sich im Jahr 2009 auf 9,7 Billionen Euro. Dazu zählen das Geldvermögen, Immobilien und das Produktivkapital. Allein das Nettogeldvermögen betrug im Jahr 2010 fast 3,4 Billionen Euro. Dabei ist das Vermögen noch ungleicher verteilt als das Einkommen. Nach Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahr 2007 besitzen die reichsten 30 Prozent der Deutschen (älter als 17 Jahre) über 90 Prozent des Gesamtvermögens und die reichsten zehn Prozent über 60 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat die ungleiche Verteilung der Vermögen weiter zugenommen.

Die wachsende Kluft bei der Vermögensverteilung zeigt sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Euro-Vermögensmillionäre in Deutschland. Mit 829.000 Millionären wurde hier laut dem von der Liechtensteiner Valluga AG erstellten D.A.CH-Vermögensreport 2011 im Jahr 2010 ein neuer Rekord erreicht. Die Millionäre verfügten im Jahr 2010 über ein Gesamtvermögen in Höhe von rund 2.200 Milliarden Euro (ohne eigengenutzte Immobilien), was einem Anstieg um 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Schnitt konnten Millionäre in Deutschland seit 2003 ihr Vermögen um acht Prozent pro Jahr steigern, Milliardäre sogar um zehn Prozent. Die seit 2008 tobende Finanzkrise hat am Trend der immer reicher werdenden Superreichen nichts geändert, im Gegenteil: Sie hat ihn sogar beschleunigt.

Zur wachsenden Ungleichverteilung des Vermögens hat auch die steuerliche Privilegierung der Reichen beigetragen, nicht zuletzt durch die Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997. Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungs- sowie Vermögensverkehrssteuern) so geringe Einnahmen wie Deutschland – laut OECD betrug deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 lediglich 0,9 Prozent. Das ist gerade mal die Hälfte des damaligen Durchschnittswertes der OECD-Länder (1,8 Prozent) und rund ein Drittel des Durchschnittswertes der EU-27 Länder (2,6 Prozent). Die Auswirkungen der fatalen und wachsenden Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen werden im folgenden Abschnitt beschrieben.

3. Epizentrum Finanzmärkte und ungelöstes Eurochaos

Im Zuge der Bewältigung der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind weltweit die Ausgaben der öffentlichen Haushalte gestiegen. Alle Industrieländer haben Maßnahmen zur Rettung von Banken unternommen. Darüber hinaus wurden weltweit riesige Konjunkturprogramme aufgelegt, um den realwirtschaftlichen Einbruch abzumildern. Zwangsläufig haben Bankenrettungsschirme in vielen Ländern zu einer deutlichen Steigerung der Staatsverschuldung beigetragen. Eine weitere Bankenkrise nennenswerten Ausmaßes würde diese Probleme weiter verschärfen. Dabei sind die Spannungen im Finanzsektor weder in Deutschland noch auf der europäischen und schon gar nicht auf der internationalen Ebene beseitigt.

Eine zentrale Ursache ist die seit über 30 Jahren weltweit betriebene neoliberale Wirtschaftspolitik. Diese Politik führt zu einer Umverteilung der arbeitsteilig erwirtschafteten Wertschöpfungen von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen. Vor dieser Umverteilung warnt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* seit 1975, ihrem Gründungsjahr. In vielen Ländern verfielen unter dem neoliberalen Regime die Lohnquoten und stiegen die Gewinnquoten. Bei zurückbleibender Nachfrage führte dies nicht zu vermehrten Investitionen in die Realwirtschaft, vielmehr speiste die überschüssige Liquidität die Finanzmärkte. Die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge spülte weitere Milliarden auf den Finanzmarkt.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch eine starke Deregulierung der Finanzmärkte. Dadurch wurde es möglich, dass im Finanzsektor für Vermögende zeitweise Renditen erwirtschaftet werden konnten, die weit über den realwirtschaftlichen Zuwachsraten lagen. All das hat sich auch nach der Krise kaum geändert. Daher bleibt der Finanzsektor das Epizentrum krisenhafter Entwicklungen. Durchgreifende Reformen wurden bislang vermieden. Vielmehr wird versucht, durch kleinere Reparaturen das Vorkrisensystem zu stabilisieren. Der fehlende Veränderungswille im Finanzsektor zeigt sich auch bei der Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratsposten. Obwohl es hier im Zuge der Finanzmarktkrise zu massiven Neubesetzungen kam, wurde an der männlichen

Monokultur in den Spitzengremien der Unternehmen festgehalten.

Auch heute kommt es bei bestimmten Anlagegütern wie Immobilien und Edelmetallen zu einer Vermögenspreis-inflation. Der in der Ökonomie bekannte Herdentrieb ist nach wie vor zu beobachten. Finanzinvestoren spekulierten inzwischen auf die Pleite verschuldeter Euro-Länder. Für einzelne Euro-Staaten schießen die Zinsen für die Refinanzierungen der Staatsschulden in die Höhe. Zusätzlich angeheizt wird dies durch die Ratingagenturen, die schon bei der Entstehung der internationalen Finanzmarktkrise 2008/2009 eine unrühmliche Rolle gespielt haben. Seit dem Ausbruch der Krise erweist sich die Politik als unfähig, ihr Primat gegenüber den Finanzmärkten zur Geltung zu bringen. Folglich treiben entfesselte Finanzmärkte und die Ratingagenturen die Politik vor sich her. Dabei gilt: Ohne einen tiefgreifenden Umbau der Finanzmärkte ist auch die aktuelle Eurokrise nicht in den Griff zu bekommen.

Europa befindet sich in der größten Integrationskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Noch ist unklar, ob und wie der Euro als Gemeinschaftswährung von 17 Staaten diese Krise überleben wird. Die Fehlkonstruktion der europäischen Verträge erschwert ein sinnvolles Krisenmanagement. Die europäischen Staatschefs versuchen seit zwei Jahren ohne Erfolg, die Krise der Eurozone einzudämmen.

Seit das Desaster zu Beginn des Jahres 2010 mit der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen für griechische Staatsanleihen seinen Anfang nahm, reiht sich ein Krisengipfel an den nächsten. Das Krisenmanagement war bisher zögerlich und zeigte keine klare Linie. Bislang beruhigten die Ergebnisse der einzelnen Gipfel die „Märkte“ bestenfalls kurzfristig. Das Risiko von staatlichen Finanzierungs-krisen und Staatsbankrotten steigt. Inzwischen sollen nach dem Willen der EU-Regierungschefs die europäischen Banken darauf vorbereitet werden, Abschreibungen auf Staatsanleihen der Krisenstaaten vornehmen zu können. Zu diesem Zweck sollen sie ihre Kernkapitalquote auf neun Prozent erhöhen. Dies erfordert einen zusätzlichen Kapitalbedarf von über 100 Milliarden Euro, was für einige Banken bedeutet, erneut auf öffentliche Finanzhilfen zurückgreifen zu müssen, um einer Pleite zu entgehen. Eine Stabilisierung der Märkte ist damit nicht verbunden.

Hat schon das Krisenmanagement der EU die akuten Finanzierungsprobleme einiger Staaten bisher nicht lösen können, so geht die langfristige Strategie erst recht am Kern des Problems vorbei. Im Winter 2011 entwarfen Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy ein neues Regelwerk für die nationalen Finanzpolitiken im Euroraum. Von Griechenland bis Frankreich soll es nun nationale „Schuldenbremsen“ geben. Das jährliche konjunkturbereinigte Staatsdefizit darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen. Dies stellt eine massive Verschärfung des Stabilitätspaktes von 1997 dar. Das neue Regelwerk zwingt die Eurostaaten zu hohen Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen. Aus der geplanten Stabilitätsunion droht eine Stagnationsunion zu werden. Die zunächst in Deutschland implementierte „Schuldenbremse“ ist damit zu einem neuen Exportprodukt geworden. Nur Großbritannien und Tschechien beteiligen sich innerhalb der EU-27 vorläufig nicht am Fiskalpakt. Irlands Regierung will noch prüfen lassen, ob die irische Bevölkerung diesem Abkommen in einem Referendum zustimmen muss.

Das Problem der Ungleichgewichte im Euroraum wird damit nicht gelöst, im Gegenteil: Schon jetzt führt das rigorose Spardiktat die Krisenländer in die Rezession und zu sozialen Katastrophen. In Spanien und Griechenland z.B. liegt die Jugendarbeitslosigkeit mittlerweile bei nahezu 50 Prozent. Mit zurückgehender Wirtschaftsleistung sinken auch die Steuern, während die Schulden steigen. In der Krise ist zudem die Chance gering, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer steigt. Zwar sinken die Löhne, aber auch die Investitionen gehen zurück.

4. Alternative Wirtschaftspolitik

Die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* liegen seit Jahren vor. Zentrales Ziel ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die weder von selbst noch durch die demografische Entwicklung verschwinden wird. Letztlich geht es aber um ein viel größeres gesellschaftliches Projekt ökonomischer Gestaltung, das die Bändigung der Finanzmärkte, die Überwindung der Eurokrise, einen leistungsfähigen und ausreichend finanzierten öffentlichen Sektor und den ökologischen

Umbau der Gesellschaft beinhaltet, um nur einige Ziele zu nennen. Es geht also um einen anderen, sozial-ökologischen Entwicklungspfad jenseits eines neoliberal organisierten, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sind deshalb unverändert aktuell. Im Detail wurden sie in verschiedenen MEMORANDEN ausgeführt.

Die Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* umfassen ein öffentliches Ausgaben- und Umbauprogramm, eine Arbeitszeitverkürzung, Regulierungen zur Eindämmung der Finanz- und Eurokrise, ein Steuerkonzept und die Demokratisierung der Wirtschaft.

4.1 Öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm starten

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert ein öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm im Umfang von 110 Milliarden Euro jährlich. 75 Milliarden Euro davon sind für öffentliche Investitionen vorgesehen. Schwerpunktinvestitionen sind: das Bildungssystem, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Energiewende zur Stärkung alternativer Energiequellen, der Städtebau, das öffentliche Verkehrsnetz sowie die soziale Infrastruktur. Diese Ausgabenpolitik würde zwar dafür sorgen, dass die Staatsausgaben stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft. Infrastrukturinvestitionen zugunsten ökologisch besserer Lebens- und Produktionsverhältnisse für künftige Generationen zahlen sich aber bereits heute aus. Außerdem werden die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität nachhaltig gesteigert.

Diese Investitionen sollen gesellschaftliche Bedarfe decken. In der aktuellen Situation erfüllen sie aber auch eine konjunkturpolitische Funktion. Die derzeit labile Konjunkturpolitik, die ohne aktives Gegensteuern zu einer Rezession führen kann, verlangt nach einer expansiven Finanzpolitik. Die Lehre aus den positiven Wirkungen einer aktiven Finanzpolitik zur Überwindung des weltweiten ökonomischen Absturzes im Jahr 2009 ist klar: Eine antizyklische Finanzpolitik ist dringend erforderlich.

Wie in früheren MEMORANDEN dargelegt ist der Aufbau zusätzlicher öffentlicher und öffentlich geförderter Arbeitsplätze nach wie vor

dringend. Zum einen können so Mängel in der Daseinsvorsorge und an der Infrastruktur beseitigt sowie gesellschaftlich notwendige Investitionen realisiert werden. Zum anderen führt dies auch zu einer unmittelbaren Verringerung der Arbeitslosigkeit.

18 Milliarden Euro sind für die öffentlich geförderte Beschäftigung, die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor und die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft bei kleinen und mittleren Unternehmen vorgesehen. In der neoliberalen Entwicklungslogik ist ein Rückbau des Staates das Ziel. Dazu gehört vor allem auch ein Abbau der öffentlichen Beschäftigung. Dieser Trend muss gestoppt und umgekehrt werden. Der reguläre öffentliche Dienst hat sich wieder an der Sicherstellung einer guten öffentlichen Daseinsvorsorge statt an einem Spardiktat zu orientieren. Zusätzlich muss ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor aufgebaut werden, in dem jenseits öffentlicher Verwaltungslogik Beiträge zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedarfe geleistet werden. Auch in diesem Bereich müssen ausschließlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einer existenzsichernden Entlohnung angeboten werden.

17 Milliarden Euro werden für die Anhebung der Sätze für das Arbeitslosengeld II benötigt. Diese Anhebung verbessert in einem ersten Schritt die soziale Lage der Betroffenen und fördert den privaten Konsum. Darüber hinaus muss das System der sozialen Sicherung grundsätzlich reformiert werden.

4.2 Öffentlichen Sektor stärken – Beispiele Bildung und soziale Dienstleistungen

Wie erwähnt, muss der öffentliche Sektor in der Lohnpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in der Vergangenheit immer wieder einzelne Bereiche dieses Sektors näher analysiert und dargelegt, welcher Handlungsbedarf und welche Reformen hier notwendig sind. Im diesjährigen MEMORANDUM wird ausführlich auf den Bereich der Bildungsfinanzierung und auf die sozialen Dienstleistungen eingegangen.

Bildungsausgaben erhöhen

Die jährliche Bloßstellung von Mängeln in der deutschen Bildungsfinanzierung durch die OECD führt zu einem immensen Handlungsdruck in der Innenpolitik. Eine Verbesserung der Bildungsfinanzierung bei gleichzeitigem neoliberalen Entstaatlichungsdruck ist aber eine nicht zu lösende Aufgabe. Wie wichtig Bildung dabei für eine Volkswirtschaft ist, hat die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* auch in der Vergangenheit immer wieder betont. Das Ziel ist „Gute Bildung für alle“.

Bildung ist ein Instrument zur umfassenden individuellen Entfaltung, die Menschen zur gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partizipation befähigt. Dieses Verständnis von Bildung reflektiert die Beziehung von Mensch und Gesellschaft in ihren verschiedenen Dimensionen (Demokratie, Gesellschaft, Ökonomie, persönliche Entwicklung). Bildung ist aber kein billiger Wachstumsgarant.

Bei schlechter werdenden ökonomischen Zukunftsaussichten setzen viele (in Politik, Lobbyismus und Wirtschaftswissenschaft) scheinbar auf Investitionen in die Bildung, um Armut und Arbeitslosigkeit zu verhindern („Bildungsrepublik“). Viele der damit verbundenen Hoffnungen beruhen auf dem Konzept eines „vorsorgenden Sozialstaates“. In diesen Vorstellungen werden Bildungsinvestitionen alternativ zu sozialstaatlichen Leistungen gesetzt. Es wird zudem die Hoffnung auf eine „demografische Rendite“ genährt: Wenn trotz zurückgehender Schülerzahlen das Geld im Bildungssystem verbliebe, müssten keinerlei Mehrausgaben für Bildung vorgesehen werden, und wirtschaftliches Wachstum werde sich allein durch eine bessere Ausbildung einstellen.

Eine solche neoliberale Argumentation leitet sich hauptsächlich aus den neueren Wachstumstheorien ab. In diesen Weiterentwicklungen der neoklassischen Wachstumstheorie wird Bildung dem Humankapital gleichgesetzt und als Inputfaktor zur Steigerung der Produktivität interpretiert. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Arbeitsangebot auf eine entsprechende Nachfrage trifft. Das ist empirisch allerdings widerlegbar. Das Grundproblem einer auseinanderlaufenden Entwicklung von Arbeitsproduktivitäts- und Nachfragewachstum wird durch höhere Bildungsausgaben nicht aufgehoben. Auch das Hoffen auf

die „demografische Rendite“ zugunsten der öffentlichen Bildungsfinanzierung ist ein weit verbreiteter Irrglaube. Festzuhalten ist: Um die im internationalen Vergleich allgemein anerkannte unterdurchschnittliche Leistungsfähigkeit und Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems zu überwinden, müssten jährlich über 50 Milliarden Euro Mehrausgaben getätigt werden. Die beispielsweise vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berechnete „demografische Rendite“ beträgt dagegen nur 8,8 Milliarden Euro.

Die international vergleichende politikwissenschaftliche Forschung zeigt: Wichtig für ein finanziell gut ausgestattetes Bildungssystem sind vor allem ein großer Steuerstaat, die Bevorzugung staatlicher Problemlösungsansätze sowie ein gut ausgebauter und frauenerwerbsfreundlicher Wohlfahrtsstaat.

In Deutschland ist die ausreichende Finanzierung des Bildungssektors trotz des im internationalen Vergleich hohen Bruttoinlandsprodukts nicht gesichert. Vielmehr haben die Bundesländer das Vorhaben der Bundeskanzlerin, die Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, wegen Nichtfinanzierbarkeit abgelehnt. Stattdessen wird auf Privatisierung gesetzt. Folglich wird die Partizipation am Bildungssystem, die in Deutschland heute schon vergleichsweise stark an die Herkunft gekoppelt ist, noch mehr von der Einkommenssituation und damit von der sozialen Herkunft abhängig. Um dem zu begegnen, müssen der Privatisierungsdruck im Bildungsbereich gestoppt und das Sieben-Prozent-Ziel des Bildungsgipfels im Jahr 2008 aufrecht erhalten werden.

Soziale Dienstleistungen ausbauen

Eine dauerhafte Expansion und Aufwertung des Staates ist angesichts neuer Anforderungen an soziale Dienstleistungen in der Gesellschaft notwendig. Bislang hängen Umfang, Reichweite und Qualität der Leistungserbringung wie auch die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten von der staatlichen Bereitschaft ab, eine qualitativ hochstehende und für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gut zugängliche Infrastruktur zu schaffen und die laufende Leistungserbringung dauerhaft zu finanzieren. Bereits im MEMORANDUM 2009 hat die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ausgeführt, dass

Deutschland bei sozialen Dienstleistungen nicht nur im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, sondern verglichen mit den mitteleuropäischen und angelsächsischen Ländern im Rückstand ist.

Dabei tritt ein grundlegender Widerspruch zutage: Obwohl traditionelle Familienmodelle und geschlechtliche Rollenzuschreibungen in der Bevölkerung kaum noch Zuspruch finden, bestehen die darauf begründeten ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen fort. Statt durch eine umfassende öffentliche Infrastruktur der Pflege und Betreuung für Jung wie Alt die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu fördern, gibt es eine gespaltene Agenda. So tritt im Bereich der Kinderbetreuung zwar ab Mitte des Jahres 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres in Kraft. Da aber fast alle Kommunen unterfinanziert sind und die von Bund und Ländern bereitgestellten Mittel die Finanzlücke nicht schließen, hakt es bei der Umsetzung. Das Platzangebot reicht insbesondere in den westlichen Bundesländern nicht aus. Billiglösungen zulasten der Qualität sind daher vorprogrammiert.

Auch bei den geriatrischen Dienstleistungen der Pflege und sozialen Betreuung der Generation 65 plus fehlt es am politischen Willen, die öffentliche Finanzausstattung am gesellschaftlichen Bedarf auszurichten. Das von der Bundesregierung zum „Jahr der Pflege“ ausgerufene Jahr 2011 endete als Flop. Der viel beschworene „Pflegenotstand“ ist hausgemacht und trifft die in den Niedriglohnssektor abgedrängten Pflegebeschäftigten. Im deutschen Altenpflegesystem sind die Kosten überwiegend privatisiert. Informell Pflegenden fungieren als Billigstpflegedienst, und die Erbringung formeller Pflegeleistungen erfolgt hochfragmentiert in zunehmend von privat-gewerblichen Trägern geprägten Strukturen.

Zugleich gilt eine engmaschig-bürokratische Leistungsregulierung. Diese ist nicht am individuellen Unterstützungsbedarf orientiert. Ganz im Gegenteil sorgt ein auf körperliche Defizite eingegrenzter Pflegebegriff für hohe Zugangshürden. Im EU- wie im OECD-Vergleich hat Deutschland nach Japan zwar die höchste Quote der Über-65-Jährigen, gleichwohl liegen die öffentlichen Ausgaben für die Pflege mit nur 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 BIP-Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt. In Ländern mit

Pflegesystemen, die von der Bevölkerung wie von den Beschäftigten gleichermaßen gut bewertet werden, ist der öffentliche Mitteleinsatz wie auch die Beschäftigungsdichte um ein Vielfaches höher.

Daraus folgt: Nur mit einer Ausweitung des öffentlichen Finanzrahmens in Orientierung an den Ländern, die Maßstäbe setzen – außer den skandinavischen Ländern sind hier die Niederlande und Belgien zu nennen –, sind substanzielle Verbesserungen bei der Reichweite und Qualität der Versorgung wie auch bei den Arbeitsbedingungen der im häuslichen und institutionellen Bereich Beschäftigten möglich.

4.3 Gute Arbeit schaffen

Gegen die Prekarisierung des Arbeitsmarktes fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine umfassende Re-Regulierung: Die Einsatzdauer von Leiharbeitenden in einem Betrieb soll zeitlich eng befristet und sachlich begrenzt werden. Eine Mindestforderung ist die Gleichbehandlung und Gleichbezahlung der Leiharbeitskräfte im Betrieb („equal pay“). Noch besser wäre entsprechend dem französischen Vorbild ein Flexibilitätszuschlag für Leiharbeitende. Außerdem sollen sie der uneingeschränkten Mitbestimmung im Entleihbetrieb unterliegen und der Anteil der Leiharbeitenden an der Gesamtbelegschaft im Entleihbetrieb soll mitbestimmungspflichtig werden. Das „Synchronisationsverbot“ (Verbot der Koppelung des Arbeitsvertrags an Verleiheinsätze) muss wieder eingeführt werden. Außerdem müssen Leiharbeitende in verleihfreien Zeiten das Recht auf eine für sie kostenfreie Qualifikation erhalten.

Mini-Jobs müssen abgeschafft werden, das heißt: Für jede Arbeit ist ab dem ersten Euro der volle Beitrag zur Sozialversicherung zu entrichten. Weiter fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* nach wie vor die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes von zunächst zehn Euro je Stunde, um dem sich ausweitenden Lohndumping eine klare Grenze nach unten zu setzen.

Soll der unheilvolle Zustand der Massenarbeitslosigkeit überwunden werden, reicht ein Investitionsprogramm nicht aus. Eine wichtige Rolle spielt auch die Arbeitszeit. Bei einem lang-

fristig sinkenden Arbeitsvolumen müssen auch die Arbeitszeiten zurückgehen. Die aktuelle Entwicklung verläuft allerdings völlig gegenläufig und kontraproduktiv. Eine Arbeitszeitverkürzung gibt es nur in prekärer Form wie Mini-Jobs und ungewollter Teilzeitbeschäftigung – oder in Form von Arbeitslosigkeit. Vollzeitarbeitskräfte hingegen arbeiten immer länger.

Problematisch ist insbesondere, dass tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit häufig nicht greifen. Überlange Arbeitszeiten sind zu einem erheblichen Problem geworden. Sie führen zu außerordentlichen gesundheitlichen Belastungen, drücken den tatsächlichen Stundenlohn der Beschäftigten und ermöglichen den Einsatz von weniger Personal. Dieser Trend muss gestoppt werden. Der erste Schritt dazu ist die Durchsetzung der tariflichen Arbeitszeit als tatsächliche Arbeitszeit. Eine neue Regulierung der Arbeit muss auch Rahmenbedingungen setzen, um eine Eingrenzung der Arbeitszeiten besser durchsetzen zu können. Perspektivisch fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine „kurze Vollzeit für alle“ in der Größenordnung von 30 Stunden pro Woche.

Dabei muss auch die Intensität der Arbeit berücksichtigt werden. Bei den Beschäftigten bestehen berechtigte Sorgen, dass die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer weiteren Arbeitsverdichtung einhergeht. Das gilt längst nicht mehr nur für den industriellen Bereich; auch bei den Dienstleistungen ist es inzwischen ein dramatisches Problem. Tatsächliche Personalaufstockungen durchzusetzen muss mit Schritten zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung einhergehen.

4.4 Finanzsektor regulieren und Ursachen der Finanzmarktkrise eindämmen

Ein zukunftsfähiger Finanzsektor muss wieder auf seine ökonomische Dienstfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft zurückgestutzt werden. Darüber hinaus muss der massiven Ungleichverteilung von Vermögen entgegengewirkt werden. Zur dauerhaften Überwindung der Finanzmarktkrise sind damit nicht nur einzelne regulatorische Schritte und eine Gläubigerbeteiligung erforderlich, sondern auch deutliche Eingriffe in die Vermögensverteilung.

Den zentralen Ansatzpunkt bei der Regulierung des Finanzsektors bietet die gesetzliche Beschränkung der Banken auf ihre Kernfunktionen. Dies bedeutet eine massive Schrumpfung des Finanzsektors und den Wegfall bestimmter Geschäftsbereiche (z. B. des Eigenhandels). Zudem ist eine Kontrolle des Finanzsystems durch intensive und demokratisch beschlossene Regulierung und durch die Mitsprache gesellschaftlicher Stakeholder in Finanzunternehmen (z. B. strukturpolitischer Branchenräte und gesellschaftlicher Beiräte) auszuweiten. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer Zurückdrängung der ausschließlich gewinnmaximierenden Eigentumsstrukturen in Form der Kapitalgesellschaften in der Finanzbranche. Die öffentlich-rechtlichen und die genossenschaftlichen Säulen des deutschen Bankensektors müssen dagegen an Bedeutung gewinnen (Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken). Zugleich ist die Macht einzelner Schlüsselakteure wie z. B. der Großbanken, Ratingagenturen und großen Versicherungsunternehmen zu brechen.

Im Bereich der Finanzprodukte gilt es, gefährliche Praktiken zu verbieten und zu verhindern. Geeignete Maßnahmen dazu sind das Verbot von Leerverkäufen und des Handels mit ungedeckten Kreditausfallversicherungen (CDS). Die vom EU-Parlament am 15. November 2011 beschlossenen Verbote von Kreditausfallversicherungen ohne zugrunde liegende Anleihe („CDS-Wetten“) sowie die beschlossene Einschränkung ungedeckter Leerverkäufe von Aktien gehen in die richtige Richtung. Notwendig ist darüber hinaus ein Verbot von Finanzgeschäften außerhalb von geregelten Handelsplattformen (d. h. ein Ende des Over-the-Counter-Marktes), ein Verbot hochkomplexer spekulativer Finanzinstrumente sowie Weiterverkaufseinschränkungen für einfache Derivate. Ebenso ist Finanzinstituten, die Niederlassungen in Steuer- und Regulierungsstaaten unterhalten bzw. mit Schattenbanken zusammenarbeiten, die Lizenz zu entziehen.

Mit der Schaffung eines Finanz-TÜV wird auf der regulatorischen Ebene ein Paradigmenwechsel eingeleitet: Finanzdienstleistungen und Finanzinstrumente bleiben so lange verboten, wie sie nicht ausdrücklich zugelassen sind. Dadurch wird der Wildwuchs auf den Finanzmärkten beendet, dem der Gesetzgeber mit Regulierungsversuchen ansonsten hoffnungslos hinterherhinkt.

Zugleich wird damit der finanzielle Verbraucherschutz ausgeweitet – unterstützt durch die Schaffung einer Finanz-Verbraucherschutzbehörde.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird von der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ohnehin seit langem gefordert. Steuervergünstigungen für die Finanzbranche sind zurückzunehmen; stattdessen sind die Steuern für diese Branche zu erhöhen (Ende der Gewerbesteuerfreiheit von Private-Equity-Fonds, Einführung von Steuern auf Bonuszahlungen etc.). Eine wirkliche Bankenabgabe, gestaffelt nach Größe und gesamtwirtschaftlichem Risikopotenzial von Finanzinstituten, ist einzuführen. Die Einnahmen fließen in die öffentlichen Haushalte als Branchenbeitrag zur Deckung der Kosten der Finanzmarktkrise.

Der Eurokrise kann kurzfristig nur entgegengetreten werden, wenn die Abhängigkeit des Staates und der Gesellschaft von den Finanzmärkten durchbrochen wird. Zur Durchsetzung dieser Ziele fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, Möglichkeiten der Staatsfinanzierung jenseits der Finanzmärkte (d. h. durch eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen) einzuführen. Auch lässt sich die Macht der Finanzmärkte gegenüber einzelnen Staaten durch eine Solidarität zwischen Volkswirtschaften überwinden. Die Einführung von Eurobonds ist dringend geboten. Ebenso notwendig ist die Entwicklung eines fairen und transparenten Entschuldungsverfahrens für überschuldete Staaten, falls trotz der vorstehend genannten Maßnahmen ein einzelner Staat zahlungsunfähig werden sollte.

Wenn aber die tiefer liegenden Krisenursachen – die massiven Ungleichgewichte bei der Vermögens- und Einkommensverteilung und durch die Exportposition Deutschlands – nicht beseitigt werden, werden die kurzfristigen Maßnahmen ins Leere laufen.

4.5 Steuereinnahmen erhöhen – für eine nachhaltige Finanzierung öffentlicher Ausgaben

Die Tatsache, dass die Neuverschuldung des Bundes im vergangenen Jahr nicht wie geplant 48,4 Milliarden Euro betrug, sondern nur 17,3 Milliarden Euro, bestätigt wieder einmal, dass bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte das Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle übernimmt.

Wachstumsbedingte Steuererhöhungen lassen die Neuverschuldung schrumpfen. Für die Umsetzung der Forderungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* reichen diese Effekte aber nicht aus. Zwar wird der Einstieg in das Investitionsprogramm kreditfinanziert, wozu der Anpassungspfad an die Anforderungen der „Schuldenbremse“ exzessiv auszureizen ist. Aber spätestens mit der vollständigen Wirkung der „Schuldenbremse“ auf Bundesebene im Jahr 2016 ist unter den gegebenen Bedingungen nur noch die vollständige Steuerfinanzierung der Staatsausgaben möglich.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert deshalb Steuererhöhungen für Unternehmen sowie für die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und eine grundlegende Reform des Einkommensteuertarifs. Dies nicht nur, weil konjunktur- und wachstumsbedingte Einnahmeeffekte nicht ausreichen, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren, sondern auch aus Gründen einer größeren Steuergerechtigkeit. Dazu gehören im Einzelnen:

Der Spitzensteuersatz wird einheitlich auf 53 Prozent erhöht, und die Spitzenbesteuerung beginnt ab einem zu versteuernden Einkommen von 67.000/134.000 Euro (alleinstehend/verheiratet).

Der Eingangssteuersatz setzt mit 14 Prozent bei 8.500/17.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) ein. Vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz steigt die Steuerbelastung linear an. Dies führt dazu, dass beispielsweise alleinstehende Steuerpflichtige bis zu einem Bruttoeinkommen von 70.400 Euro entlastet werden; Steuerpflichtige mit einem höheren Bruttoeinkommen werden belastet.

Die derzeit geltende Abschlagsteuer auf Kapitaleinkünfte mit 25 Prozent wird abgeschafft und die Einkunftsart nach dem allgemeinen Einkommensteuertarif belastet. Für alle Zins- und Dividendenzahlungen aus dem In- und Ausland gibt es Kontrollmitteilungen an die zuständigen Finanzämter.

Das immer noch geltende Ehegattensplitting, das Alleinverdienerinnen bzw. Alleinverdiener innerhalb der Familie im Bereich des Spitzensteuersatzes bevorteilt, ist nach einer Einrichtung von Übergangsregeln schließlich abzuschaffen.

Weitere Maßnahmen des steuerpolitischen Konzepts der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sind:

- Der progressiv wirkende Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent auf die zu zahlende Einkommensteuer wird beibehalten.
- Der Körperschaftsteuersatz für die Kapitalgesellschaften wird von derzeit 15 auf 30 Prozent erhöht.
- Bei der Mehrwertsteuer sollen existenzwichtige Güter und Dienstleistungen (etwa Arztleistungen) nicht mehr oder lediglich mit sieben Prozent besteuert werden – statt mit dem Normalsteuersatz von 19 Prozent wie bisher. Allerdings muss der Katalog zur Anwendung einer abweichenden Besteuerung gegenüber dem Normalsteuersatz überprüft und entsprechend reduziert werden. Das Steuerprivileg für das Übernachtungsgewerbe ist unverzüglich zurückzunehmen und damit wieder der Steuersatz von 19 Prozent anzuwenden.
- Die derzeitige Gewerbesteuer sollte als wichtigste autonome Einnahmequelle der Kommunen in eine aufkommensstarke und stabile Gemeindegewerbesteuer umgebaut werden. Alle erwerbswirtschaftlich Aktiven, also auch die Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie die Selbstständigen, die vom kommunalen Leistungsangebot profitieren, zählen zu den zu besteuerten Unternehmen. Vorzusehen ist ein Freibetrag von 30.000 Euro, der bis zu einem Ertrag von 60.000 Euro wieder abgeschmolzen wird. Für Unternehmen und gewerbesteuerpflichtige Personen, die der Einkommensteuer unterliegen, reduziert sich die Einkommensteuerlast durch den Abzug der Gewerbesteuer bei der Ermittlung der Einkommensteuer. Damit werden die meisten einkommensteuerpflichtigen Unternehmen und Personen durch die Gemeindegewerbesteuer nicht zusätzlich belastet.
- Die durch die jetzige Bundesregierung durchgesetzten Änderungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer sind wieder rückgängig zu machen. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden; die Freibeträge sind zu kürzen. Die Kriterien für die Freistellung von der Steuer im Falle der Fortführung des Betriebs sind deutlich zu verschärfen.

- Die Besteuerung aller Finanztransaktionen muss endlich realisiert werden. Nach einer Berechnung im Auftrag der EU-Kommission wäre bei einem Steuersatz von nur 0,2 Prozent auf Anteile und Anleihen sowie von 0,02 Prozent auf Derivatkontrakte (wobei Verkäufer und Käufer jeweils die Hälfte der Steuersätze tragen) mit Einnahmen im Gebiet der EU im Umfang von 57 Milliarden Euro zu rechnen. Die Finanztransaktionsteuer muss jedoch mit Maßnahmen der Regulierung verbunden werden.

Einmalige Vermögensabgabe jetzt – Vermögensteuer auf Dauer

Während in Deutschland die Konzentration der Vermögen auf die Superreichen in den letzten 15 Jahren erheblich zugenommen hat, ist die darauf bezogene Besteuerung auch im internationalen Vergleich viel zu niedrig. Vermögende profitieren im Vergleich zu den relativ stark belasteten Lohnsteuerzahlerinnen und -zahlern von einer Bagatellbesteuerung. Zugleich nehmen die Aufgaben, die der Staat zu finanzieren hat, zu. Dabei ist die öffentliche Kreditaufnahme allein infolge der 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise um über 300 Milliarden Euro gestiegen. Durch die Last der dadurch erzeugten Zinszahlungen drohen weitere Kürzungen vor allem im Bereich der Infrastruktur, im Sozialbereich und im öffentlichen Dienst.

Seit Jahren fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine dauerhafte Vermögensteuer, die den Bundesländern zufließt. Diese Vermögensteuer ist ein wichtiger Bestandteil alternativer Steuerpolitik. Gegenüber den massiven Belastungen der öffentlichen Haushalte reicht die Vermögensteuer, die für die dauerhafte Finanzierung von Landesaufgaben vorgesehen ist, nicht aus. Erforderlich ist eine einmalige, spürbare Abgabe auf die Vermögen, die die Vermögenden über einen Zeitraum von zehn Jahren aufzubringen haben. Die Vermögensabgabe, die zu einer massiven Lastenumverteilung führen muss, unterscheidet sich wesentlich von einem Schuldenschnitt bei öffentlichen Anleihen. Denn beim Schuldenschnitt werden nur die Vermögenden getroffen, die als Gläubiger über Staatsschuldentitel verfügen. Die Vermögensabgabe hat den Vorteil, dass alle Arten des Geldvermögens sowie die Immobilien und die Betriebsvermögen zielgenau

einbezogen werden können. Das Steuersubjekt ist die bzw. der Vermögende, die bzw. der wegen ihrer bzw. seiner vergleichsweise hohen ökonomischen Zahlungsfähigkeit zur Finanzierung verpflichtet wird. Das Aufkommen aus der Vermögensabgabe wird zum Abbau der Staatsschulden, von denen bisher die Vermögenden als Gläubiger auch profitiert haben, genutzt. Im Mittelpunkt steht eine massive Umverteilung: Durch die Abgabe der Vermögenden werden die Zinszahlungen im Bundeshaushalt, die überproportional durch die Massensteuern finanziert werden, reduziert.

Diese Vermögensabgabe ist mit der Abgabe im Rahmen des Lastenausgleichs von 1952 zu vergleichen. Die Bemessungsgrundlage war damals auch das Vermögen nach Abzug der Schulden (Nettovermögen). Das Aufkommen wurde zu diversen Entschädigungen für die Kriegsfolgen und Wiederaufbauhilfen eingesetzt. Der Abgabensatz auf das resultierende abgabepflichtige Vermögen betrug 50 Prozent. Dazu gehörte auch das „Investitionshilfegesetz“ von 1952. Die gewerbliche Wirtschaft hatte mit einer Abgabe von 3,5 Prozent auf den zu versteuernden Gewinn eine Milliarde DM aufgebracht. Die Einnahmen dienten der Finanzierung des Wiederaufbaus der Grundstoffindustrie (Kohle, Bergbau, eisenschaffende Industrie). Wichtig ist der Hinweis, dass das Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen dieses Investitionshilfegesetz abgewehrt und es für verfassungskonform erklärt hat.

Eine einmalige Vermögensabgabe durch die Superreichen

Die außergewöhnliche Belastung der öffentlichen Haushalte durch die hohen Staatsschulden, die vor allem in der Finanzkrise sprunghaft angestiegen sind, verlangt einen Befreiungsschlag durch eine Vermögensabgabe. Dazu gehören die folgenden Elemente:

- Die hier vorgeschlagene Vermögensabgabe erbringt insgesamt ein Volumen von mindestens 300 Milliarden Euro. Das Aufkommen soll in einen Fonds fließen, aus dem ein Teil der öffentlichen Schulden des Bundes, der Länder sowie der Kommunen nach einem Schlüssel – der etwa der Verteilung bei der Einkommensteuer (42,5/42,5/15 Prozent) entspricht – getilgt werden kann.

- Die Erhebung der Vermögensabgabe erfolgt zum Stichtag 1.1.2010. Damit werden nachfolgende Ausweichreaktionen ausgeschlossen.
- Die Laufzeit der Erhebung der Vermögensabgabe wird auf zehn Jahre gestreckt.
- Der Steuersatz beträgt zwei Prozent auf die Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe.
- Die Bemessungsgrundlage ist das Vermögen nach Abzug der Schulden (Nettovermögen). Die Abgabe ist von privaten Personen sowie von Betrieben auf der Basis des Betriebsvermögens zu erbringen.
- Vorgesehen sind persönliche Freibeträge sowie Freibeträge für Kinder und das Betriebsvermögen. Bei einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro, einem Kinderfreibetrag über 250.000 Euro sowie einem Freibetrag auf das Betriebsvermögen von zwei Millionen Euro wäre mit einer Bemessungsgrundlage von ca. 1.840 Milliarden Euro zu rechnen.
- Bei einem Steuersatz von zwei Prozent, der über zehn Jahre jährlich erhoben wird, ist über die gesamte Laufzeit ein Barwert von ca. 300 Milliarden Euro zu erzielen. Durch eine Reduzierung der hier angenommenen hohen Freibeträge würde die Ergiebigkeit der Vermögensabgabe erhöht.
- Die Erhebungs- und Bürokratiekosten liegen deutlich unter fünf Prozent.

Dauerhafte Vermögensteuer reaktivieren

Mit dieser Vermögensabgabe werden in Deutschland die Reichsten einmalig in die Finanzierung des öffentlichen Sektors einbezogen. Dieser Befreiungsschlag muss durch die Einführung einer dauerhaften Vermögensteuer ergänzt werden. Die derzeit ruhende Vermögensteuer muss daher dringend reaktiviert werden. Die ökonomische Leistungsfähigkeit ist nicht nur von den laufenden Einkommen, sondern auch von den Vermögensbeständen abhängig. Dabei richtet sich die Vermögensteuer gegen die ungleiche Verteilung der Vermögen und damit gegen die Vermögenskonzentration. Die Einnahmen aus dieser Vermögensteuer fließen den Bundesländern zu und schaffen einen Finanzierungsspielraum beispielsweise für Bildungsausgaben. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Juni 1995 ist

zu Recht die Bewertung des Immobilienvermögens (einschließlich Grund und Boden) als verfassungswidrig erklärt worden. Gegenüber den Marktwerten lag der Besteuerungsbetrag nach den Einheitswerten oftmals unter der Hälfte des Marktwertes. Dagegen wurde Geldvermögen zum Marktwert versteuert. Deshalb muss bei der Vermögensteuer statt der früher eingesetzten Einheitswerte jetzt eine marktnahe Bewertung der Immobilien sowie von Grund und Boden gesichert werden. Bei der ebenfalls erforderlichen Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist diese Veränderung bereits umgesetzt worden.

Die seit 1997 ruhende Vermögensteuer sollte für private Haushalte oberhalb eines Freibetrags umgehend reaktiviert werden. Dabei sind folgende Eckwerte zu berücksichtigen:

- Besteuert werden die privaten Haushalte.
- Dadurch induzierte Verlagerungen von Vermögen in die Betriebe sind zu verhindern.
- Der Steuersatz beträgt ein Prozent.
- Freibeträge sind vorzusehen.
- Selbstgenutztes Wohneigentum wird nicht der Besteuerung unterzogen.
- Der weitere Freibetrag beträgt für eine Familie mit vier Personen 500.000 Euro (Ehepaar 300.000 Euro, je Kind 100.000 Euro).

Bei den Einnahmen aus der Vermögensteuer werden jährlich bis zu 20 Milliarden Euro erwartet.

© Februar 2012,

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Die **Langfassung** dieses Textes enthält ausführliche Erläuterungen und Begründungen zu den wichtigsten Aussagen. Das MEMORANDUM 2012, d. h. die Kurz- und Langfassung sowie die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer, erscheint Ende April 2012 als Buch.

PRESS FREEDOM IN UKRAINE :

TEMPTATION TO CONTROL



//////////////////// REPORT BY JEAN-FRANÇOIS JULLIARD AND ELSA VIDAL

//////////////////// AUGUST 2010 //////////////////////

**REPORTERS
WITHOUT BORDERS**
FOR PRESS FREEDOM



Natalia Negrey / public action at Mykhaylivska Square in Kiev in November of 2009

Many journalists, free speech organisations and opposition parliamentarians are concerned to see the government becoming more and more remote and impenetrable. During a public meeting on 20 July between Reporters Without Borders and members of the Ukrainian parliament's Committee of Enquiry into Freedom of Expression, parliamentarian Andrei Shevchenko deplored not only the increase in press freedom violations but also, and above all, the disturbing and challenging lack of reaction from the government. The data gathered by the organisation in the course of its monitoring of Ukraine confirms that there has been a significant increase in reports of press freedom violations since Viktor Yanukovych's election as president in February.

LEGISLATIVE ISSUES

The government's desire to control journalists is reflected in the legislative domain.

The Commission for Establishing Freedom of Expression, which was attached to the president's office, was dissolved without explanation on 2 April by a decree posted on the president's website on 9 April.

The Ukrainian constitution guarantees free expression and press freedom. Defamation was decriminalised when a new criminal code was adopted in September 2001. It eliminated the previous article 125's provision for sentences of up to three years in prison. But journalists and media are still under the threat of having to pay substantial damages, for which there is no ceiling. This is a significant risk, given the readiness of politicians and influential figures to bring abusive

Reporters Without Borders visited Ukraine from 19 to 21 July in order to accomplish the first part of an evaluation of the press freedom situation.

It met national and local media representatives, members of press freedom NGOs (Stop Censorship, Telekritika, SNUJ and IMI), ruling party and opposition parliamentarians and representatives of the prosecutor-general's office.

At the end of this initial visit, Reporters Without Borders gave a news conference in Kiev on 21 July at which it announced its provisional findings and its recommendations to the authorities.

Reporters Without Borders will return to Ukraine in response to an invitation to meet with President Viktor Yanukovych and Anna German, the deputy chief of the presidential administration, and in order to meet with other representatives of the state media.

This report summarizes the information that Reporters Without Borders used to reach its initial conclusions.

lawsuits. Journalists can also still be the target of criminal prosecutions for violation of privacy. A law protecting personal information, signed by President Yanukovich on 26 June and due to take effect in January 2011, will significantly complicate the work of journalists and expose them to the possibility of criminal prosecution. Under this law, journalists will have to ask a person's permission before publishing virtually any information about them aside from their name and surname. Volodymyr Yavorsky, the head of RFE/RL's Ukrainian service, told the Institute of Mass Information (IMI): *"It would be impossible to report that a parliamentarian is suffering from a*

« It would be impossible to report that a parliamentarian is suffering from a mental illness without their agreement »

mental illness without their agreement" (IMI release, 12 July).

Draft law No. 6603, which has been submitted to the Verkhovna Rada (parliament) following approval by the cabinet on 30 June, would require news agencies to register with the state every year. Disseminating news without being registered (or re-registered) would be punishable by a fine of up to 120 times the minimum salary or 300 times the minimum salary for repeat offenders. The bill has been criticised by Telekritika and other free speech organisations as an attempt to bring

Internet media under political control by treating them as news agencies. Some see it as a clumsy government attempt to regulate the Internet.

The third thorny legislative issue is the right of access to information. Parliament refused to add draft law No. 2763, on access to public information, to its legislative agenda on 9 July despite a significant campaign in support of the bill and reassuring statements from both ruling party and opposition politicians.

At least 45 journalists and 152 organisations urged parliamentarians of all parties to pass the bill and President Yanukovich promised to sign it into law. Parliamentary speaker Vladimir Litvin also expressed support for its adoption and even the Security Service of Ukraine (SBU) let it be known it would not oppose it. Nonetheless, although essential for regulating relations between society and officialdom and for democracy itself, the draft law has been sent to the directorate for juridical affairs for an expert evaluation and will not be submitted to parliament until the next session, in the autumn. The efforts to bring access to information into line with international standards has a long history. There were several proposals before the bill, drafted by BYuT parliamentarian Andrei Shevchenko, was approved on first reading by 323 parliamentarians of all parties in June 2009.

Complementing provisions of the 1996 constitution and the 1992 law on information, the proposed law on access to information would:

- require officials to respond to requests for information within five days (instead of 30)

Serial abuses

- Journalist Serhi Andrushko of television station *STB* was hit by one of the president's bodyguards at the Agro-2010 exhibition in Kiev on 15 June. The complaint he tried to file at the Holoisyyivskiy district prosecutor's office was rejected. He submitted an appeal against the Holoisyyivskiy district's decision to the city of Kiev prosecutor's office on 28 July. Stop Censorship, a movement created on 21 May, called for the bodyguard's dismissal and for the judicial authorities to investigate him for "obstructing a journalist's activities." On 16 June, 30 journalists urged presidential administration chief Sergei Lyovochkin to conduct an investigation into the incident and publish its findings.
- Andrushko had previously had a run-in with Volodymyr Storozhenko, the head of the city of Kiev's main housing department on 8 April. When he tried to ask a question, Storozhenko grabbed his microphone and threw it in a garbage can.
- **Serhi Kuttrakov** of the Novyi Kanal TV station went to the House of Ukraine in Kiev on 8 April to cover the inauguration of an exhibition but was summarily expelled by members of a "Berkut" police special forces unit when he filmed an argument between a Svoboda reporter and the organisers. On 12 July, a Kiev court rejected the complaint he had brought against the members of the Berkut unit and their commander, Vladimir Alexandrov, in

which he accused them of abuse of authority (under article 365 of the criminal code) and obstructing a journalist's activities (article 171).

Alexandrov responded by calling for Kuttrakov to be prosecuted on five charges including hooliganism. Kuttrakov commented: "By taking this decision, the court has given all the members of the security forces an example of how to work with journalists." He appealed against the court's decision on 19 July.

- **Boris Braginskyi**, a journalist who works for 9 Telekanal in the eastern city of Dnipropetrovsk, was attacked by an unidentified man near the TV station's building at around 7:30 p.m. on 12 April. He was hit in the face, thrown to the ground and kicked repeatedly. The assailant, who appeared to have been waiting for Braginskyi, made off after the attack without taking anything from him. Braginskyi was convinced that the assault was linked to his work. *"I don't look for trouble but my programme is often tough and analyses events, and that clearly does not please everyone"*, he said.

At its final news conference and at its 21 July meeting with representatives of the prosecutor's office, Reporters Without Borders said these cases should be taken seriously, not ignored or treated with contempt, and it urged Ukraine's leaders to implement the existing legislation. Ukrainian has a provision for responding to press freedom violations. It is article 171 of the criminal code, which punishes obstructing journalists in the course of their work.

Humanitarian Council

The president created the Humanitarian Council (Obchestvennyi Gumanitarnyi Soviet) on 2 April with the job of giving him advice. Officially, its purpose is "to take account of society's significant interests in the resolution of issues that are central for society's development and to draft proposals for fulfilling the duties of defending human and citizen rights and freedoms." It has 29 members. NGOs criticise the fact none of the council's members are journalists, that it is chaired by President Yanukovich and that its executive secretary is Anna German, the deputy chief of the presidential administration, an unrelenting promoter of the draft law, which she masterminded. In other words, there are serious doubts about the council's independence.

- allow requests to be submitted by fax or email as well as by letter
- require state agencies to make information available to the public when requested
- require government bodies to post information about their activities on their websites
- hold government employees responsible if they fail to provide information classified as "open."

The draft law has received favourable evaluations from the Council of Europe, the Organisation for Security and Cooperation in Europe and other international bodies. If it had been put on the parliamentary agenda, it could have been adopted on 29 June.

CREATION OF A PUBLIC SERVICE BROADCASTER: AN IDEAL TOO FAR ?

The creation of a public service broadcasting group to replace the existing state radio and TV broadcasters NTUC and NRCU has often been mooted but has yet to materialise. Prodded by the international community, including such European institutions as the Council of Europe¹, the Ukrainian authorities have announced several proposals for a public service broadcaster over the years.

The first legislative proposal was drafted and published in 1997. Several others were aborted or buried. After the Orange Revolution, no fewer than five proposals were announced from 2005 to 2008, but none of them was the subject of public debate.

A proposal drafted jointly by several NGOs, including the Institute of Mass Information, and Andrei Shevchenko, a parliamentarian and former journalist, was rejected by parliament in June 2009. Despite the rebuff, they are working on a new version which they eventually hope to submit.

But President Yanukovich meanwhile proposed on 29 June of this year that his newly-created Humanitarian Council should publicly examine a bill drafted by his government for the creation of a public radio and TV broadcaster. Several NGOs including *Stop Censorship* had previously requested that they be allowed to participate in the examination of the newly-announced bill as they had already worked a great deal on this issue. It is unfortunate

that their request was ignored, especially as the Humanitarian Council is much criticised.

The presidential administration has made no secret of its confidence in its ability to get the bill approved. Speaking on the *TVi (TBi)* programme Black and White on 28 June, Anna German said:

"Inasmuch as we have a coalition that has more votes than we need, we will vote for and create a public television service in Ukraine."

ASPECTS OF THE PRESIDENT'S BILL

• It envisages using the national TV station *UT-1* as the core around which to build the public broadcaster. The head of *UT-1*, Egor Benkendorf, who spent most of his career working for Inter, another TV station, has already told the press that he is preparing the transformation, although the bill has not yet been adopted.

• The "new" public broadcaster is to be funded in part from the government budget (with the amount being set annually by the cabinet), and in part from advertising and from the sale of its productions. This suggests that it will be unable to shed its heritage as a government broadcaster and establish its independence. The same concern applies to the external broadcasting service, which will get all its funding from the government.

The NGO Novomedia recommends limiting state funding to the network of transmitters. Other media experts suggest that the public broadcaster should get its funding from advertising (which is low-volume but high-tariff), sponsors and (for the most part) subscriptions.

Andrei Shevchenko, one of the authors of the draft law that was rejected by parliament in June 2009, is not in favour of a model in which funding would be initially based on subscriptions. He recommends initially following the such models as those of Georgia and Estonia. And he insists on three fundamental points for a public broadcasting service. He says society must own it, fund it and control its programming.

Another stumbling block is the "presidential" nature of the president's proposed broadcaster. Its board of governors would consist of representatives from each of the following: the president's office, each party represented in parliament, the government and several national NGOs. Several experts recommend

« Prodded by the international community, including such European institutions as the Council of Europe,... »

that representatives of public institutions should also be on the board and that there should be only one government representative, one who is also be a member of the National Broadcasting Council. This is a key point as the board of governors would appoint the public broadcaster's executives, approve

1. Parliamentary Assembly of the Council of Europe, January 2004, Recommendation 1641, "Public service broadcasting."

- August 2009: A report by journalist Margaryta Sytnyk about a sugar price increase was not broadcast on the grounds that it would have displeased the authorities.
- November 2009: At the director-general's request, comments by participants in a political rally saying they had been paid to attend were withdrawn from a report by Boris Ivanov. The same month, a report about presidential candidate Vassyl Protvysikh was edited in a way favourable to him.
- February 2010: A proposal to do a report on the new president's wife was rejected without explanation.
- March 2010: Critical content was cut from a report by Hryhoriy Zhygalov about the new government. Another report about the cars of the new ministers led to TSN editor-in-chief Maksim Shylenko's suspension and, shortly thereafter, his dismissal.
- April 2010: A report about problems with the printing of passports was delayed for a day, until passages critical of the interior ministry had been edited out. A report about the Kharkiv accords between Russia and Ukraine was not broadcast on the grounds that "the job of the staff is not to analyse the accords but to highlight their positive aspects."
- May 2010: An "editorial" by Yaroslav Petrivskiy, a person unknown to the staff, was broadcast during the news programme, apparently on outside orders. It consisted of an especially one-sided account of recent parliamentary debates. Myroslav Otkovych was refused permission to do an analysis of President Yanukovych's comments to the Parliamentary Assembly of the Council of Europe about Ukraine's 1932-33 Great Famine.

STB ADDS ITS VOICE TO THE PROTESTS

On 7 May, journalists working for the programme "Vikna" on the national TV station STB followed the example set by I+I's journalists, reporting that the subjects censored since Viktor Yanukovych became president had included education minister Dmytro Tabachnyk, the Ukrainian Insurgent Army (UPA) and the 1932-33 famine. They also revealed that there was a new reporting policy that included handling stories in straightforward manner, without irony, avoiding investigative reporting or covering poverty or the lifestyle of politicians. The editorial change dated back to the start of the presidential election campaign in the winter of 2009, they said.

Some of the many examples of censorship they gave dated back to even before that. Throughout 2009, there was a ban on doing reports about the homes senior officials owned in the villages of Pushcha-Vodytsa and Koncha-

Zaspa. A report about then Prime Minister Yulia Tymoshenko's birthday party was banned from being broadcast. Critical reporting about the Kiev city hall and mayor Leonid Chernovetskyi in particular was forbidden. A report that participants were paid to attend an electoral rally organised by President Yanukovych's party was also banned from being broadcast.

In an interview for the magazine *Telekritika*, STB deputy director-general Oleksiy Mustafin recognised that his station had a "new reporting policy" and had changed the format of its reports but denied that there was any kind of censorship and attributed the changes to a desire to improve the station. He refused to comment on any of the specific allegations in the open letter.

Despite the statements by the journalists, and despite the support of many colleagues and protests by several international human rights organisations, other reports about the president have subsequently been doctored or banned from being broadcast.

REGIONAL MEDIA ON THE FRONTLINE AS POLITICAL CLIMATE DETERIORATES

Avtor TV, an independent local station based in the eastern city of Dniprodzerzhynsk, had to stop broadcasting at the start of April after a company operated by the municipal authorities rescinded the rental contract for its premises. After 10 years of broadcasting, *Avtor TV* director Lyudmyla Kachanova regards the rental contract's early termination as a violation of media freedom. The station had been regarded as a critic of the municipal administration ever since a new mayor was elected in March 2008. *Avtor TV* has said it will file a legal appeal. In the meantime, Kachanova is waiting for the municipal government to issue a new invitation to bid for the local station licence.

The signal of *Hlas*, a local TV station based in Ilichivsk, a town in the southwestern province of Odessa, was suddenly dropped by local TV cable operator Klen in April. According to Liana Fateyeva, a journalist who produces

« They (journalists) also revealed that there was a new reporting policy that included handling stories in straightforward manner, without irony, avoiding investigative reporting or covering poverty or the lifestyle of politicians. »

During a visit by Russian President Dmitry Medvedev on 17 May that sealed a dramatic rapprochement between the two countries, video footage of the Russian and Ukrainian presidents visiting the monument to the unknown soldier in Kiev were edited at the request of the Ukrainian presidential administration. Because of the bad weather, a wreath fell on President Yanukovich as he bowed before the monument. Presidential press service chief Aleksei Koshelev told journalists not to broadcast footage of the incident. The first national TV channel, ICTV and Inter TV complied, although the video was readily available on YouTube and other websites. The journalist who prepared the report on the visit for 1+1 said it was the station's director-general who gave the order for the offending sequence not to be broadcast. The station broadcast selected photos instead. STB journalist Serhi Andrushko reported that the report he prepared on President Yanukovich's first 100 days in office on 4 June was edited by the station's director-general to make it more favourable to Yanukovich.

the Hlas programme "Illichivsk News," the municipal authorities put pressure on the cable operator because of criticism expressed on the air. In an interview for the magazine *Telekritika*, she also reported that her attempts to get press accreditation for the station's new employees had been ignored. She had submitted all the required documents and received no reply.

Fateyeva told *Telekritika* she regarded the suspension of the station's signal as a political measure. "*We went to a municipal council session and when we tried to get a comment from the mayor, Valeriy Khmelniuk, he replied that he did not talk to journalists from the station that he was 'going to close soon'.*" The deputy director of the cable operator, Klen, said he suspended Hlas' signal because the local authorities told him that, as a local rather than a regional station, it could not broadcast outside Odessa. He added that he was ready to restore the signal as soon as Hlas resolved this issue. The local authorities refused to comment. *Hlas'* lawyer said he intended to refer the matter to the National Broadcasting Council.

There is often not enough awareness of the degree to which local authorities of all political tendencies obstruct the work of the media. It is a structural problem that has grown in recent months, according to regional journalists ReportersWithout Borders met during a round-table in Kiev.

Local newspaper editor Vasyl Demyaniv was hospitalised with severe head injuries and a broken leg after being assaulted by unidentified assailants as he was returning home in the western city of Kolomyia on the evening of 23 March. The National Union of Journalists believed the assault was linked to his work as his weekly, *Kolomiyskiy Visnyk*, is outspoken in its criticism of the local government. Demyaniv had not received any personal threats but the newspaper has long been harassed by the local authorities. The police were not convinced that the assault was linked to his work and treated the case one of "*hooliganism*" under article 296 of the criminal code and "*grievous injury*" under article 121.

Online journalist and blogger Olena Bilozerska (<http://bilozerska.livejournal.com/>) and photographer Olexiy Furman of the Photolenta agency (www.phl.ua) were questioned by police in Kiev in March about the demonstrations by opposition activists they covered the previous month. Their apartments and computers were searched on 27 March and equipment was seized. Bilozerska's lawyer, Sydir Kyzin, said the confiscation of journalistic material violated article 17 of Ukraine's media law, which says: "Journalists

may not be arrested or detained because of their professional activity, nor may their material be confiscated". Bilozerska was questioned again and accused of complicity with a radical group called Autonomous Resistance. ReportersWithout Borders wrote to interior minister Anatoliy Mohylyov voicing concern that such intimidation attempts could become "*standard practice*".

What with media polarisation, pressure from local authorities for positive coverage and the difficulty of asserting editorial independence vis-à-vis advertisers in a situation of near-monopoly, local

« There is often not enough awareness of the degree to which local authorities of all political tendencies obstruct the work of the media. »

journalists face many difficulties and have little room for manoeuvre. Those who want to combat these problems in the provinces often find they have little support. Furthermore, the blighted labour market for journalists means the cost of rebelling can be high. The situation is like to get even worse in the run-up to local elections scheduled for 31 October.

The Ukrainian media industry is characterised by the presence of influential businessmen. Three of the country's richest "*oligarchs*" – Igor Kolomoisky, Viktor Pinchuk and Rinat Akhmetov – own media groups. Like the politicians with whom they are often linked, they have a distinct tendency to see the media as tools in the service of their ambitions. Both politicians and businessmen exploit the media, enrolling them in public relations campaigns that serve their respective interests, to the detriment of the public's need for information.

Television is by far the most important media in terms of audience and advertising revenue. According to National Broadcasting Council data, there are more than 800 registered TV stations but most are closed or do not broadcast and most of the others are local or regional. The state has 28 TV stations. As regards radio, only the state-owned radio broadcaster UNRC covers 100 per cent of the country's territory.

The first national TV channel, *UT-1* (owned by state broadcaster NTCU), is the only really national TV station, covering nearly 99 per cent of the country. *1+1*, *Inter TV*, *Novyi Kanal*, *STB* and *ICTV* are the other stations that cover a significant part of the country and are regarded as having a "*national audience*."

UKRAINE'S TV STATIONS

MAIN TERRESTRIAL/ANALOGUE STATIONS	CABLE AND SATELLITE STATIONS
<ul style="list-style-type: none"> - UT-1 (main government station) - Rada-TV - Kanal 5 - 1+1 - I CTV - Inter - Novyi Kanal - T RK Ukraina - STB - TVi 	<ul style="list-style-type: none"> - UTR (government station, targeted at Ukrainian speakers abroad) - Megasport - MTV Ukraine - Kino - People - UBR - UBC - K2 - Humour TV / Babay TV - Music Box Ukraine - QTV - Malyatko TV

WHO ARE BEHIND THE MAIN TV STATIONS ?

UT-1 (Ukrayinske Telebachennia – 1/ Перший національний),

UT-1, The leading state TV station, it was created in 1965. Journalists and politicians have been discussing its possible transformation into a public broadcaster since the late 1990s. Since 17 March 2010, it has been run by Egor Benkendorf, the former head of *Inter TV*, which he joined in 1997. His deputy, Walid Harfouch, gave the news agency Unian an interview in which he said, referring to *UT-1*, that he thought that “*the station should be pro-government*” (<http://unian.net/rus/news/news-388966.html>). <http://www.1tv.com.ua>

INTER TV

The country's most popular TV station, it is one of nine stations owned by UA Inter Media Group. The others include *Kanal 1*, *HTH*, *Slujba Informatsii*, *Inter Muzyk* and *Inter Kino*. Currently in a legal fight over frequencies with *TBi* and *5 Kanal*, the group is run by Olena Khoroshkovsky, the wife of Valeriy Khoroshkovsky, who has been its majority

shareholder since 2005.

One of the country's richest businessman, one with a dominant position in the media world, Khoroshkovsky also holds many influential political posts. He has headed the country's main security service, the SBU, since 11 March. He joined the national bank's board of governors on 19 April. And he is member of the Judiciary Supreme Council, which appoints and dismisses judges. He used to be economy minister and, from 2004 to 2006, he was deputy chairman of the steel giant Evraz. After acquiring a controlling interest in *Inter TV* in 2005, he turned into the Inter Media Group in 2007 by buying other TV stations from businessman Dmitry Firtash, who decided to pull out of the media business. Jointly owned by Khoroshkovsky (61 per cent), the Russian broadcaster ORT (29 per cent) and Svetlana Pluzhnikova (10 per cent), Inter Media is now Ukraine's biggest broadcasting group and covers 96 per cent of the country.

TVI

Founded in 2007 by Konstantin Kagalovsky and Vladimir Gusinsky², it began broadcasting in March 2008. It is now owned solely by Kagalovsky, who has been a Russian representative to the IMF, an adviser to the late Russian economist and minister Yegor Gaidar, a deputy chairman of the Yukos petroleum group and member of the board of the Menatep bank. Kagalovsky now lives abroad and has obtained British nationality. *TVI's* director-general is Mykola Kniazhytskyi and

2. A businessmen with Russian and Israeli dual citizenship, Vladimir Gusinsky used to head Russia's biggest media group, Media-Most, and founded its first independent TV station, *NTV*. He was the symbol of free speech on Russian television until his media empire was broken up and he fell into disgrace. He fled the country in 2001.

GEORGIY GONGADZE MURDER

A TRIAL MAYBE THIS AUTUMN

Reporters Without Borders could not go to Ukraine without meeting with judicial officials to discuss the investigation into the murder of Georgiy Gongadze, the young editor of the online newspaper *Ukrainskaya Pravda* who was kidnapped on 16 September 2000 in Kiev and was strangled by Gen. Oleksiy Pukach, the then head of the interior ministry's intelligence service, according to Pukach's own reported confession.

Despite Gen. Pukach's arrest and confession, and the professed desire of government officials – especially Viktor Yushchenko when becoming president in January 2005 – to solve the case, the investigation has yet to reach a conclusion and little information has emerged about developments in the case. On 21 May, which would have been Gongadze's 41st birthday, his widow, Myroslava Gongadze, told *RFE/RL* she had never been shown the case file, did not know who was being interrogated and had no idea what the investigators were planning.

One of the rare official statements about the case was made by prosecutor-general Oleksander Medvedko on 17 June, when he announced that expert analysis of the skull found with Gen. Pukach's help had confirmed that it was Gongadze's. He also said he expected the investigation into the murder to be completed in July or August. On 21 June, President Yanukovich received Gongadze's mother, Lesya Gongadze, who also complained of being kept in the dark about progress in the investigation.

Since Gen. Pukach's arrest on 21 July 2009, the only information to be released was that he had confessed. Nothing has been said about the identity of those who ordered Gongadze's abduction and murder. Gen. Pukach continues to be held in pre-trial detention but he has not been brought to trial. The only persons to have been tried are three policemen under his command – Mykola Protasov, Oleksandr Popovich and Valeri Kostenko – were convicted on 15 March 2008 of being accomplices to the murder. Protasov was sentenced to 13 years in prison. The other two got 12 years.

One of the key pieces of evidence are the recordings that former President Kuchma's bodyguard, Mykola Melnichenko, is said to have secretly made in the president's office. After months of debate and expert analyses regarding their authenticity, the Kiev supreme court ruled on 12 July 2009 that they could be used in the trial. But no one yet knows what they reveal.

Reporters Without Borders met several members of the prosecutor-general's office on 21 July, including Oleksandr Kharchenko, the inspector in charge of the investigation, Ivan Babenko, the head of the department of criminal investigations, and Lena Syhydyn, a prosecutor with the international cooperation section. It emerged during this meeting that a new expert analysis of the recordings has been ordered with the aim of identifying one of the voices. It was said this would be completed within three weeks, but that seems extremely optimistic given that the first one took months.

Kharchenko said the investigation should be completed in August and that a trial could be expected by the end of the year. However, Kuchma's former bodyguard, Melnichenko, has warned that Ukraine's 10-year statute of limitations could be applied to the case from September. Myroslava Gongadze's lawyer, Valentyna Telychenko, also voiced concern that, if the identity of those who ordered the murder continues to be kept secret, they could end up never being brought to trial.

Reporters Without Borders shares the concern, which is reinforced by the fact that the trial of Pukach (and any instigators) would almost certainly be held behind closed doors on the grounds that Pukach, who is facing a possible life sentence on charges of kidnapping and murdering Gongadze, was a senior intelligence officer.

CONCLUSIONS AND RECOMMENDATIONS

In the past six months, there has been a marked increase in attempts to directly obstruct the work of the media, including physical attacks on journalists. They are indicative of a disturbing level of hostility toward journalists on the part of the authorities.

When prosecutors refuse to recognise a journalist's complaint but register the complaint filed by his aggressor, it sends a clear message. It shows that that government officials feel no responsibility towards civil society and the citizens who voted them into power. Worse still, the Ukrainian laws that exist to protect media freedom and the ability of journalists to work are not being used to punish even the most flagrant violations.

Acts of censorship that favour the new government have been growing steadily in the strategic broadcasting sector. In most cases, it has been the management itself that told staff not to broadcast certain stories or to eliminate passages critical of the government. None of the people Reporters Without Borders talked to on this trip said the situation was comparable to that prevailing under President Kuchma, or that there was anything resembling a return of the notorious "temniki" (detailed government directives about story subjects and how they were to be handled and edited).

But broadcast media pluralism has been seriously eroded and there is every reason to think that, if the trend continues, the freedoms acquired in recent years could be swept away and that the advances that are needed to improve civil liberties, including freedom of expression and the right to information, will not after all take place.

To what degree is the government capable of creating a truly public broadcasting service, one that is independent of the government and really serves the population? Is it ready and able to reach a national consensus on this issue by working with civil society and media representatives? All this remains to be seen.

It is hard to be optimistic at the moment, although President Yanukovich has publicly called for press freedom violations to be properly investigated and for the investigations to be pursued to the end⁴.

Several recently adopted laws restrict the work of the media and expose them to intolerable prosecutions on the grounds of protecting privacy. Websites are also subject to increased surveillance, one that shows that the authorities are become

aware of the growing influence of the Internet and new media in shaping public opinion.

Attacks on journalists and cases of obstruction of their work are continuing. Many of them are taking place in the provinces, where harassment of the media is more intense and, at the same time, less well known.

The 31 October local elections, which Reporters Without Borders will monitor with particular attention, will test the government's will to normalise relations with the media.

The authorities still have a chance to give the Ukrainian population and the international community evidence of a desire to abandon these practices. For his first trip abroad as president in March 2010, Yanukovich chose to go to Brussels and "set himself the objective of concluding within a year, by the first quarter of 2011, the negotiations under way with a view to reaching an association accord⁵".

The performance indicators in the European Neighbourhood and Partnership Instrument for Ukraine include "fully sustained levels of freedom of expression and media freedom demonstrated by independent assessments, NGO reports etc." At the same time, the European Commission has included respect for human rights and fundamental freedoms in its list for priorities for the 2010 EU-Ukraine association agenda⁶.

Only the demonstration of a clear political will to do what is necessary will restore confidence in the authorities. Developments in the coming months will be crucial for determining whether the trend of the past two quarters is temporary or destined to continue

An appeal hearing on 16 August, for example, is to decide the outcome of the dispute over frequencies between independent TV stations *TVi* and *5 Kanal*, on the one hand, and Inter Media Group and its owner, Valeriy Khoroshkovsky, on the other. The conflict of interests between Khoroshkovsky's various senior positions in the state apparatus and his media holdings lend this dispute a special importance.

Is Khoroshkovsky – who heads Ukraine's main intelligence agency and sits on the board of the national bank and the National Judiciary Council as well as owning the country's most important media group – trying to rein in two TV stations that criticise the government and hobble two of his personal business rivals all at the same time? It is a fair question. It is very hard to accept the government's view that this is just business dispute.

4. Russian news agency *Ria Novosti* dispatch of 27/07/2010, 15:53 <http://www.rian.ru/world/20100727/258950671.html>

5. Report to the French Senate No. 448 (2009-2010) of 12 May 2010 by Simon SUTOUR and Gérard CÉSAR on behalf of the European Affairs Commission: "Is Ukraine becoming a reliable partner for the European Union again?" http://www.senat.fr/rap/r09_448/r09_448.html

6. List of the EU-Ukraine Association Agenda priorities for 2010, eeas.europa.eu/ukraine/docs/2010_association_agenda_priorities_en.pdf

Finally, the investigation into journalist Georgiy Gongadze's abduction and murder in 2000 is supposed to be on the verge of completion, which should open the way for a new trial in this case. This gives the authorities a new chance to end the lack of judicial transparency by allowing the public and the press to attend the trial.

Ukraine has achieved significant progress in media freedom and the right to information in the past five years. If this is to continue, the country's leading political figures must help to ensure that press freedom violations are dealt with quickly, instead of being ignored, that the judicial system is able to operate in an independent manner, that legislation compatible with international standards is adopted, and that the influence of the country's wealthiest businessmen over its political life and media is curtailed.

RECOMMENDATIONS :

- Deal with flagrant violations of media freedom with all the necessary thoroughness and rigour and above all ensure that those responsible for physical attacks on journalists are prosecuted.
- Ensure that the police and judicial authorities apply the legal provisions regarding press freedom, especially article 171 of the criminal code.
- Involve civil society representatives in the drafting of the law that creates a public broadcaster to help ensure that it is independent of the government.
- Make the system of allocating broadcast frequencies more transparent and, in the legal dispute over the frequencies of *TVi* et *5 Kanal*, ensure that the next hearing is open to the public and press.
- Ensure the independence of the entities that regulate broadcasting by taking particular care with their composition and the selection of their members.
- Ensure free and rapid access to public information, both for journalists and ordinary citizens.
- Guarantee the transparency of the investigation into journalist Georgiy Gongadze's murder and the open nature of the coming trial.

Reporters Without Borders reiterates its readiness to meet with the Ukrainian authorities in the near future in order to continue the dialogue it began with them at the start of the year.

REPORTERS WITHOUT BORDERS

FOR PRESS FREEDOM

International Secretariat
Reporters Without Borders

47 rue Vivienne
75002 Paris, France
Tel: 33 1 4483-8484
Fax: 33 1 4523-1151
Website: www.rsf.org
E-mail: rsf@rsf.org

Ambroise Pierre - Africa desk: afrique@rsf.org
Benoît Hervieu - Americas desk: ameriques@rsf.org
Vincent Brossel - Asia desk: asie@rsf.org
Elsa Vidal - Europe desk: europa@rsf.org
Olivier Basille - European Union desk: rsf_eu@rsf.org
Soazig Dollet - Middle East desk: moyen-orient@rsf.org
Lucie Morillon - Internet desk: internet@rsf.org
Press contact: presse@rsf.org

REPORTERS WITHOUT BORDERS is an international press freedom organisation. It monitors and reports violations of media freedom throughout the world. Consisting of a team of 12 journalists and a network of 140 correspondents worldwide, Reporters Without Borders analyses the information it obtains and uses press releases, letters, investigative reports and recommendations to alert public opinion to abuses against journalists and violations of free expression, and to put pressure on politicians and government officials.

Secretary-general: **Jean-Francois Julliard** | Head of publications: **Gilles Lordet**